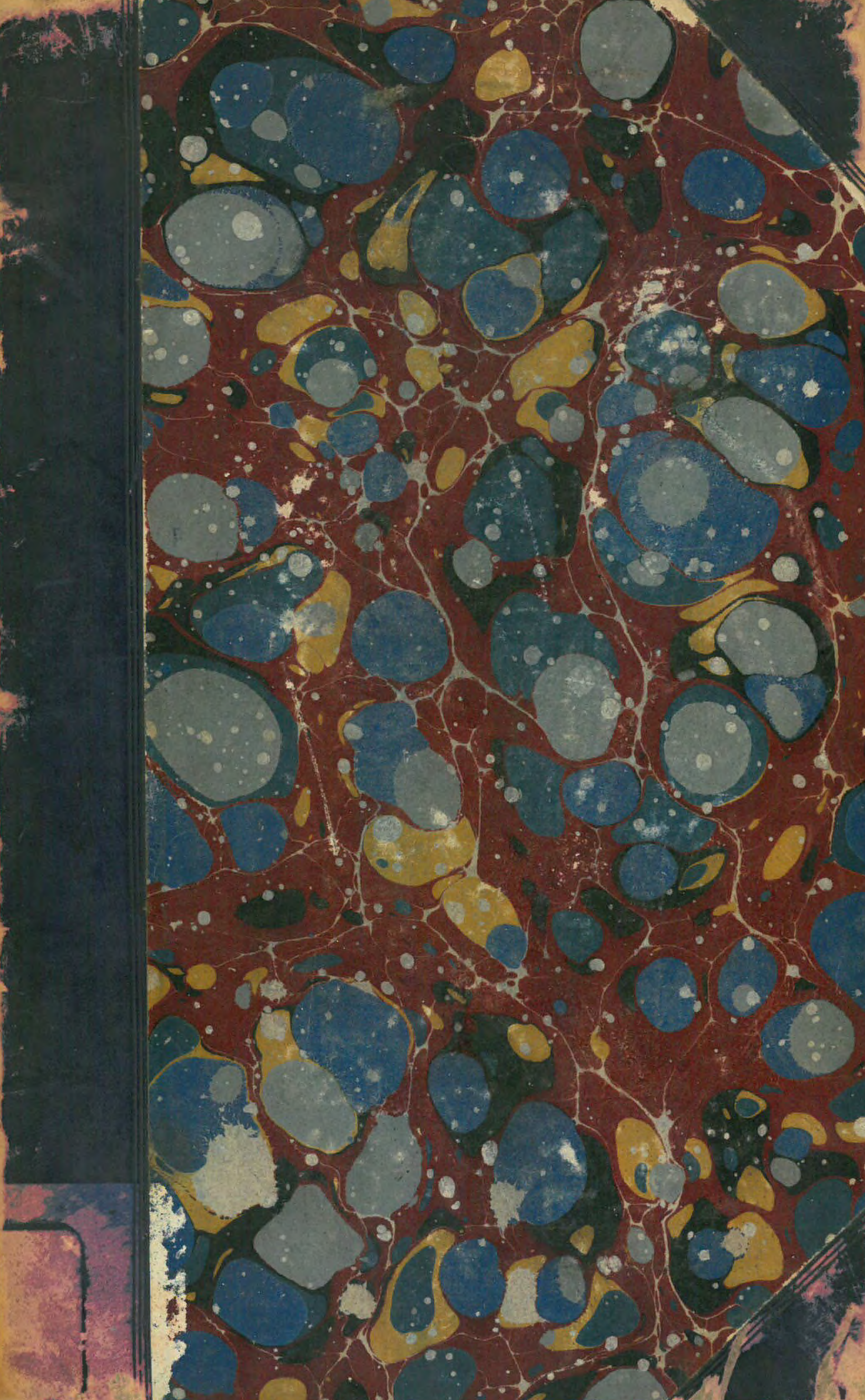
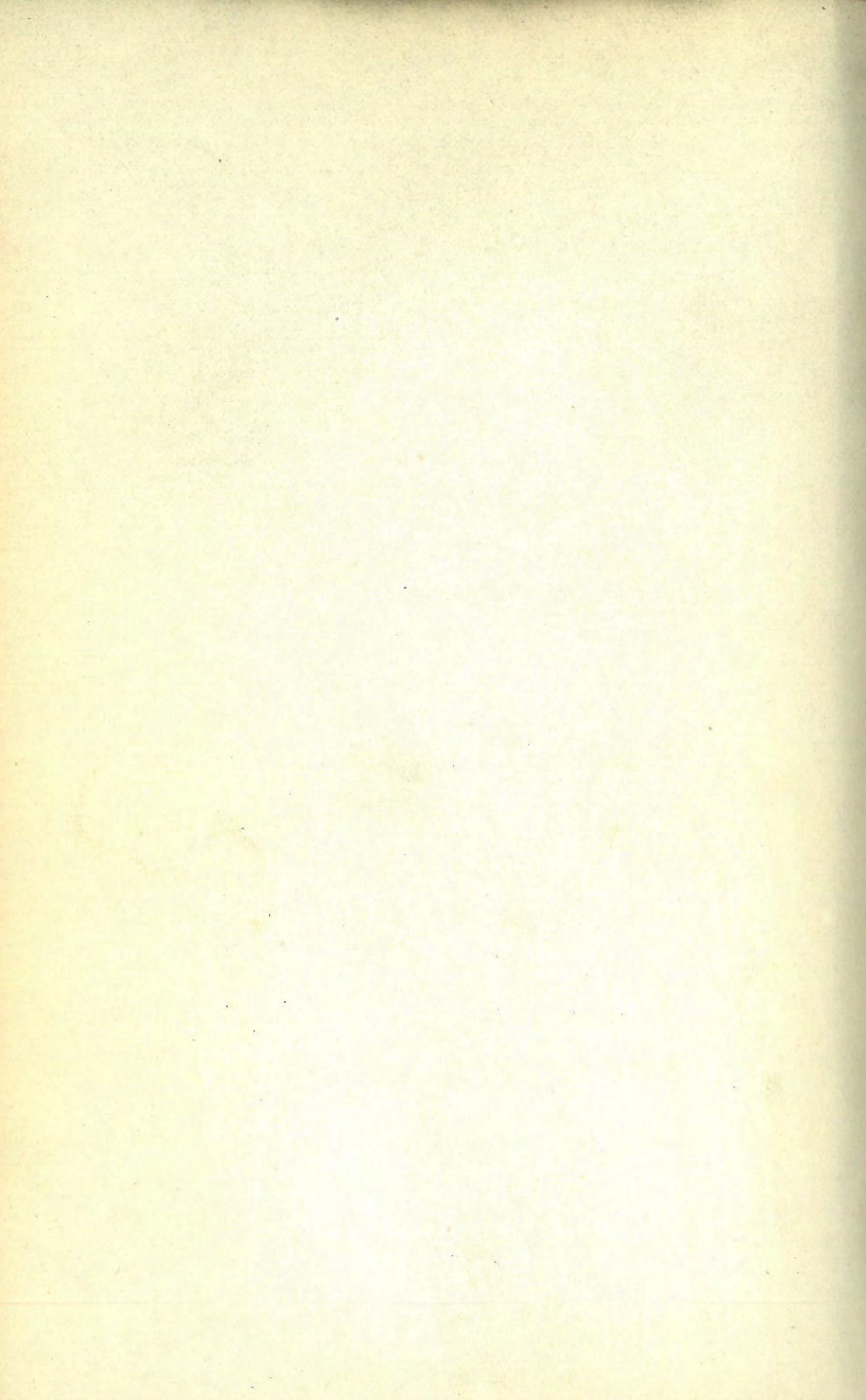
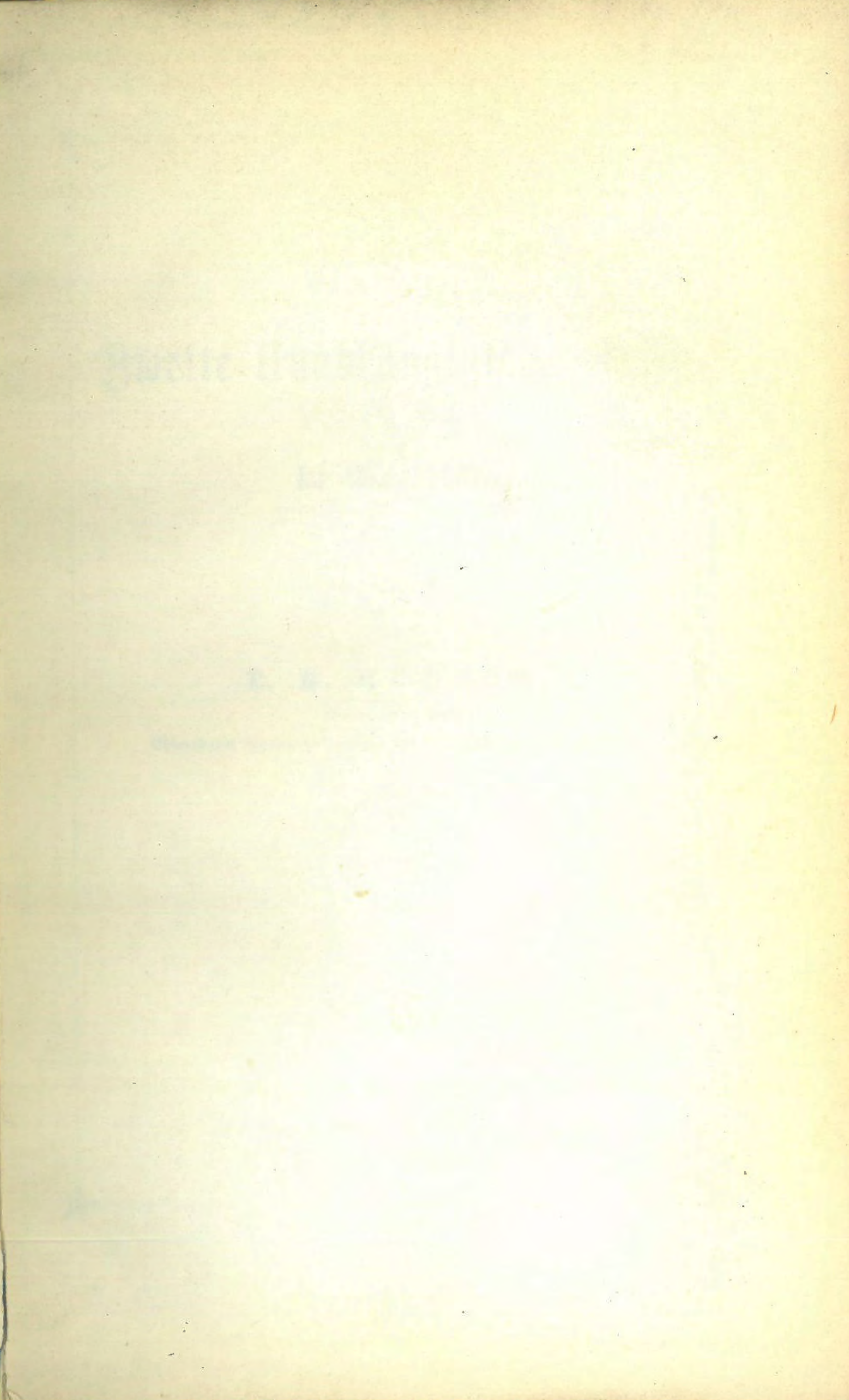



MIDDLE TEMPLE LIBRARY





D. 3.

Compliments of the Author.

Der

Zweite Unabhängigkeits-Krieg

in Amerika.

Von

E. M. HUDSON,

Doctor beider Rechte,

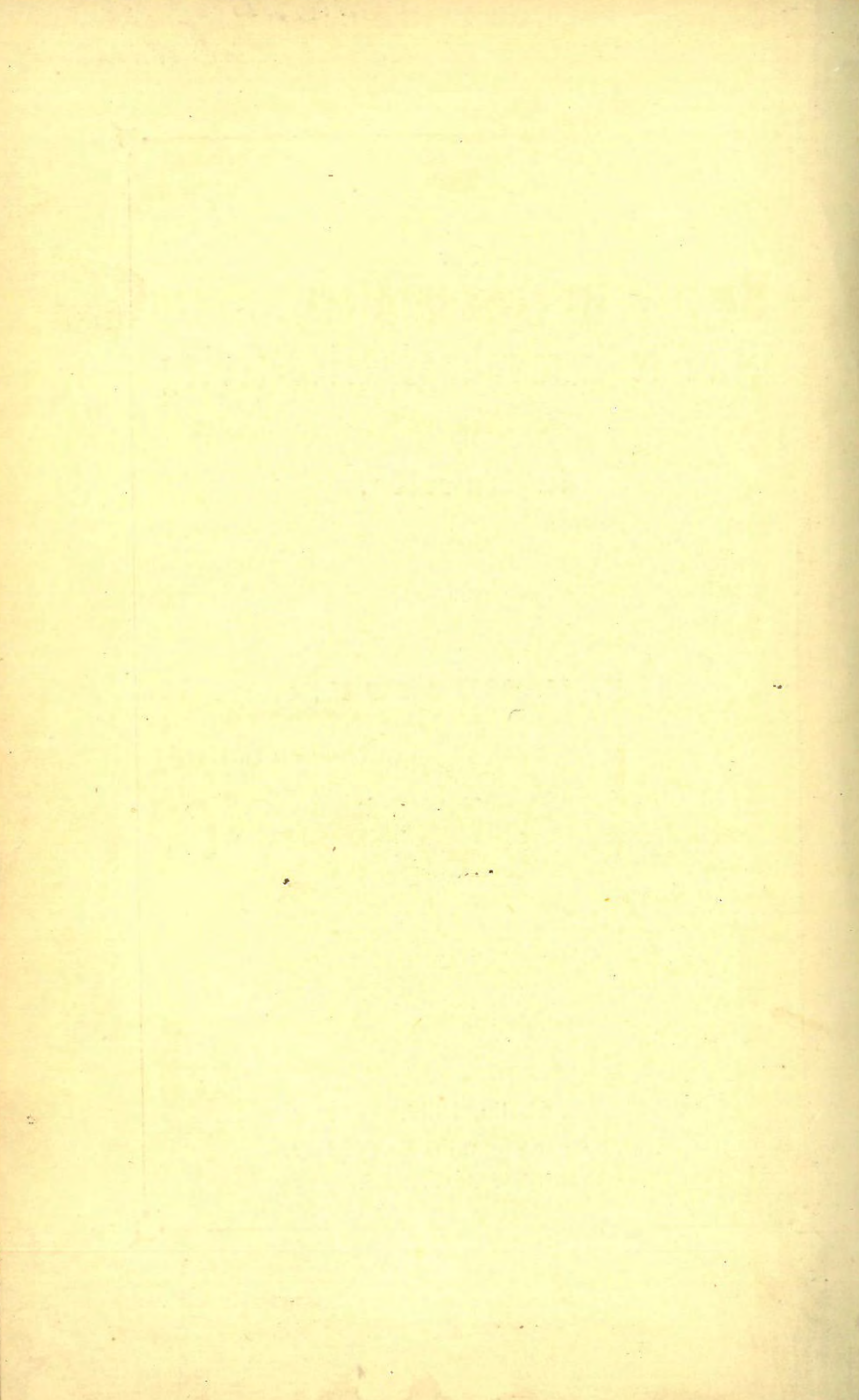
Ehemaligem Legations-Secretair der Vereinigten Staaten in Berlin.



Berlin, 1862.

Verlag von A. Charisius.

Lüderitz'sche Buchhandlung.



Der

Zweite Unabhängigkeits-Krieg

in Amerika.

Von

E. M. HUDSON,
Doctor beider Rechte,
Ehemaligem Legations-Secretair der Vereinigten Staaten in Berlin.



Berlin, 1862.
Verlag von A. Charisius.
Lüderitz'sche Buchhandlung.

Inhalt.

Seite

Erstes Kapitel. Politische Verhältnisse der Staaten der Union zu einander 5

Zweites Kapitel. Ursachen der Auflösung der Union.

I. Sociale Ursachen 20

II. Oekonomische Ursachen 25

III. Politische Ursachen 28

Drittes Kapitel. Der Krieg.

I. Verfassungswidrigkeit desselben 37

II. Beginn des Krieges 38

III. Charakter des Krieges, seitens des Nordens als Mittel zur Erwerbung, resp. Festhaltung einer größern Macht, seitens des Südens als Sicherung der Unabhängigkeit und Freiheit 43

IV. Widersprüche in den Angaben hinsichtlich der Motive des Krieges 48

Viertes Kapitel. Die Fähigkeit beider Theile zur Führung dieses Krieges.

I. Hülfsquellen an Mannschaften 52

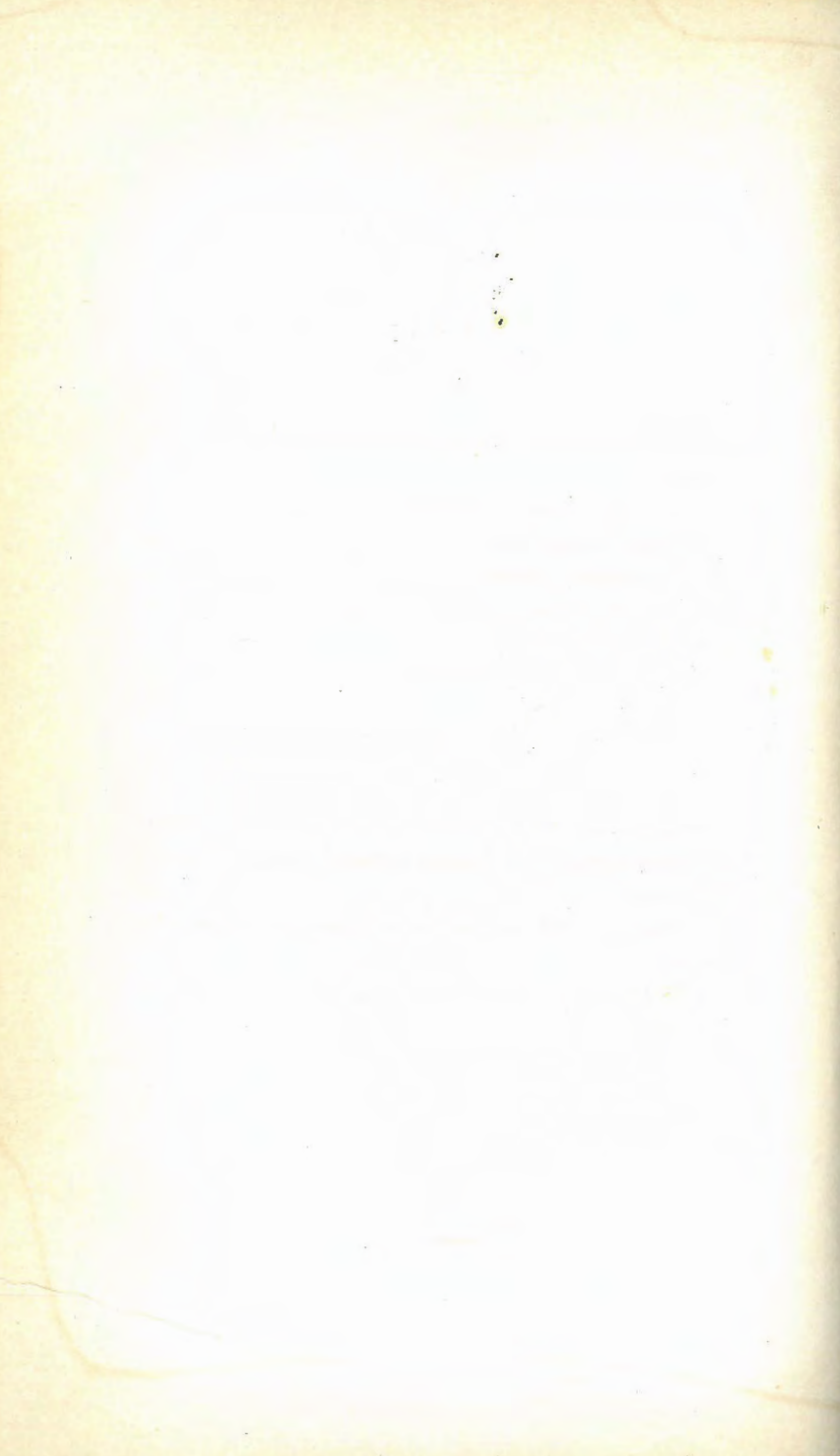
II. Die Seemacht 57

III. Hülfsquellen an Kriegsmaterial 60

IV. Armee-Organisation 69

V. Dauer des Krieges 74

Fünftes Kapitel. Schluß 76



Erstes Kapitel.

Politische Verhältnisse der Staaten der Union zu einander.

Das Bestreben unabhängiger Gemeinden in Amerika, in politische Verbindungen zusammenzutreten, tritt bald nach der Ansiedelung der Colonien in Neu-England, etwa gegen die Mitte des 17. Jahrhunderts zuerst hervor. Schon im Jahre 1607 hatten Engländer in Virginien eine Niederlassung gegründet, etwa ein Jahrzehnt später Holländer eine solche in Neu-York und noch einige Zeit später faßten Engländer festen Fuß in dem später s. g. Neu-England.

Jene Niederlassung der Holländer in Neu-York wurde für die Colonien englischen Ursprungs der Grund, ein Offensiv- und Defensiv-Bündniß zu schließen, welchem sie den Namen „die Vereinigten Colonien von Neu-England" beilegten. Die gemeinsamen gesetzlichen Bestimmungen dieser ersten Conföderation bezogen sich lediglich auf das Verhältniß derselben zu den Indianern, auf das Kriegsverhältniß, und auf die gegenseitige Auslieferung von Colonie-Angehörigen, die sich der Gerechtigkeit durch die Flucht entzogen hatten[1]); wogegen jeder einzelnen Colonie ihre Gesetzgebung und Verwaltung vorbehalten

[1]) Tucker. History of the United States. Philadelphia 1856. I. 29.

verblieben. So einfach und klar auch die über die Zwecke dieses Bündnisses niedergelegten Bestimmungen waren, so sind doch dieselben häufig eine Ursache bittern Streites geworden[2]).

Die Betrachtung der wichtigen, wiewohl beschränkten Befugnisse jener ersten Union ist um so interessanter, als dieselben den Hauptbestandtheil der Berechtigungen ausmachen, welche der spätern Union der Vereinigten Staaten von Nord-Amerika beigelegt worden sind.

Die zweite politische Vereinigung, welche unsere Aufmerksamkeit in Amerika beansprucht, war die aller englischen Colonien an der atlantischen Küste, die in Folge der Empfehlung ihrer im September 1774 in Philadelphia versammelten Abgeordneten bald darauf begründet wurde.

Als nämlich die Colonien, weil die englische Regierung sie eines Theils ihrer unveräußerlichen Rechte beraubt hatte, Abgeordnete zu jenem allgemeinen Congresse nach Philadelphia entsandten, wurde es in keinerlei Weise beabsichtigt, sich von der Krone Englands loszusagen; vielmehr war die allseitige Absicht ausschließlich die, eine Abhülfe ihrer mancherlei Beschwerden herbeizuführen.

Einigen dieser Abgeordneten wurde sogar keine andere Instruction ertheilt, als dem Congresse beizuwohnen, wie dies der Fall mit Neu-York und Neu-Jersey war.

Die Hauptbeschwerde bestand darin, daß, während nach der englischen Verfassung kein Landestheil der Besteuerung unterworfen werden durfte, dessen Vertreter nicht als Mitglieder des englischen Parlaments gehört waren, die Colonien ohne alle Vertretung im Parlamente geblieben waren, und daß ihnen auch nicht gestattet wurde, ein eigenes Parlament zu besitzen.

---

[2]) Tucker. I. 29.

Als eine zweite Hauptbeschwerde wurde bezeichnet, die Beeinträchtigung der persönlichen Freiheit der Colonisten, welche nämlich, statt wie Engländer von Geschworenen ihres Landes gerichtet zu werden, in peinlichen Untersuchungen nach England abgeführt wurden, um dort sich vor fremden Geschworenen zu gestellen.

Der Congreß stellte die Grundrechte sämmtlicher Colonien urkundlich zusammen, und gedachte besonders des Rechts der Untersuchung vor Geschworenen und der Sicherung der persönlichen Freiheit durch Writ of habeas corpus.

Erst als es sich ergab, daß die vom Congreß getroffenen Maßregeln und die der Krone eingereichten Vorstellungen die beabsichtigten Resultate nicht erreicht hatten, kamen die Colonien auf den Gedanken, alle politische Verbindung mit England aufzulösen.

In der Unabhängigkeits-Erklärung, die den 4. Juli in der Weltgeschichte denkwürdig gemacht, thun die Colonien kund, daß zu ihrem unveräußerlichen Rechte gehören: life, liberty, and the pursuit of happiness (Leben, Freiheit, und die unbeschränkte Freiheit des Einzelnen, sein Glück zu erreichen, in jeder erlaubten Weise), und daß die Regierungen, welche ihre Machtvollkommenheit von der Einwilligung der Regierten ableiten, nur deswegen bestehen, um jene Rechte zu sichern.

Diese Thatsachen bilden die Hauptgründe, welche die Vereinigten Colonien veranlaßten, sich von der englischen Krone loszusagen.

Als in Folge dieser Lossagung England sich entschloß, die Colonien durch Gewalt zum Gehorsam zu bringen, vereinigten sie sich, dreizehn der Zahl nach, zum Widerstande, und so entstand der erste Unabhängigkeits-Krieg in Amerika.

Dem Congresse zu Philadelphia, der als „der alte Continental-Congreß“ in der Geschichte bezeichnet wird, wurde Vollmacht zur Führung des Krieges und Wahrnehmung der allgemeinen Interessen übertragen, in Folge dessen der Congreß am 15. November 1777 einige „Conföderations-Artikel“ verfaßte und annahm, die als Bedingungen einer dauernden Vereinigung gelten sollten. Die „Conföderations-Artikel“, die von dem alten Congreß angenommen worden waren, wären indeß ohne die Bestätigung der einzelnen Colonien, die sich schon Staaten nannten, ohne alle Bedeutung geblieben, bedurften vielmehr dieser ausdrücklichen Bestätigung, um rechtliche Geltnng in den einzelnen Staaten zu erlangen, wie damals auch ausdrücklich bestimmt wurde. Eine Thatsache, die das erste Beispiel der ausdrücklichen Anerkennung der von den einzelnen Colonien beanspruchten Souveränetät darbietet.

Inzwischen hatten sämmtliche dreizehn Staaten, ausgenommen Neu-Jersey und Connecticut (welche die von Carl II. im Jahre 1662 erhaltenen Patente als genügend noch beibehielten), nach und nach zwischen 1776 und 1780 neue Verfassungen eingeführt. Schon zur Zeit der Annahme der „Conföderations-Artikel“ von dem alten Congreß, hatte jeder dieser Staaten, mit Ansnahme von Massachusetts, seine neue Verfassung errichtet.

In Folge eines Beschlusses des Congresses, wurden die „Conföderations-Artikel“ an die einzelnen Staaten zur Ratihabition geschickt, und dieselben von den Conventen der einzelnen Staaten, zu verschiedenen Zeiten in dem Zeitraum zwischen 1776 und 1781, bestätigt[3]).

Einen klaren Begriff von den Kennzeichen des Bundes, welcher den Namen, die Vereinigten Staaten von Amerika

---

[3]) Tucker. I. 225.

führt, gewinnt man durch Prüfung der von den Staaten festgesetzten „Conföderations-Artikel" und der von ihnen später angenommenen „Verfassung", die an deren Stelle trat.

Artikel III der ersteren bestimmt z. B. die Zwecke des Bundes dahin: die gemeinsame Vertheidigung, die Sicherstellung der Rechte und die Beförderung der Wohlfahrt sowohl der einzelnen Staaten als des ganzen Bundes.

Artikel V verordnet einen Congreß zur bequemeren Verwaltung des allgemeinen Interesse der Vereinigten Staaten. Diese Artikel sind um so bemerkenswerther, als sie gleich wie alle wichtigeren Bestimmungen der „Conföderations-Artikel" in die später angenommene Verfassung übergegangen sind.

Als es sich erwies, daß diese letzteren weder für die Verwaltung der allgemeinen Interessen noch für die Beförderung der Wohlfahrt der einzelnen Staaten, wegen ihrer vielfach widerstreitenden Interessen, ausreichend waren, so fühlte man das Bedürfniß, eine entsprechendere Gesammtverfassung zu bilden. Um dies zu Stande zu bringen, wurden außerordentliche Deputirte nach einem allgemeinen Convente im Mai 1787 nach Philadelphia geschickt, um zu berathen und Vorschläge zu machen. Dabei faßte man besonders ins Auge die Nothwendigkeit einer genaueren Darstellung der Verhältnisse der Staaten zu einander und zu ihrem gemeinschaftlichen Agenten, der Föderal-Regierung. Die wichtigste Aufgabe aber war, die vielen Streitigkeiten zwischen den einzelnen Staaten, welche schon in mehr als einem Falle beinahe zum offenen Kriege geführt hatten, für die Zukunft zu beseitigen, und die widersprechenden Interessen derselben auszugleichen. Dies war kein leichtes Unternehmen. Denn Bevölkerung und Größe der einzelnen Staaten führten sowohl zu Differenzen über die Basis

der Vertretung, als auch die verschiedenartige geographische Lage derselben wiederholt eine Ursache zur Beschwerde abgab.

Auch der Handelsverkehr führte mancherlei Streit herbei. Die hafenbesitzenden Staaten fanden es ihrem Vortheil gemäß, die Concurrenz durch fremdländische Handelsschiffe zu beseitigen, und diese letzteren von ihren Häfen auszuschließen. Die Staaten, welche in Betreff der Häfen weniger gut von der Natur bedacht waren hingegen, erkannten für sich einen Nachtheil in jener Ausschließung, weil durch vermehrte Concurrenz die Einfuhr fremder Waaren billiger geworden wäre. Die Letztern forderten daher die Wiederherstellung der Concurrenz, und dies wollten Jene nicht anders bewilligen, als gegen eine volle Entschädigung für die ihnen dadurch erwachsenden Nachtheile.

Nach umständlichen und weitläufigen Verhandlungen wurde endlich am 17. September 1787 eine allgemeine Verfassung dem Congreß von dem Convente zu Philadelphia vorgelegt, welche in Folge eines Beschlusses des Congresses den Conventen der einzelnen Staaten zur Bestätigung vorgelegt werden sollte, und, wiewohl nach vielem Widerstand, demnächst bestätigt wurde[4]).

[4]) Die einzelnen Staaten ratihabirten die emanirte Gesammt-Verfassung:

Der Convent von	Delaware	am	7. December	1787
	Pennsylvanien	„	12. „	„
	Neu-Jersey	„	18. „	„
	Georgien	„	2. Januar	1788
	Connecticut	„	9. „	„
	Massachusetts	„	6. Februar	„
	Maryland	„	28. April	„
	Süd-Carolina	„	23. Mai	„
	Neu-Hampshire	„	21. Juni	„
	Virginien	„	26. „	„
	Neu-York	„	26. Juli	„
	Nord-Carolina	„	21. November	1789
	Rhode-Island	„	29. Mai	1790.

Artikel VII der entworfenen Gesammt-Verfassung setzte fest, daß die Bestätigung von mindestens neun einzelnen Staaten erforderlich sein sollte, um diese Gesammt-Verfassung für diese neun Staaten ins Leben treten zu lassen, an welche die event. nicht genehmigenden, höchstens vier Staaten, nicht gebunden waren. Dieser Artikel erkennt also wiederum die volle Souveränetät der einzelnen Staaten an.

In Betreff der Bestätigung der Föderal-Verfassung seitens der Einzelstaaten steht die Autorität James Madison's, des berühmtesten Urhebers derselben, des s. g. „Vaters der Verfassung", höher als die irgend eines anderen amerikanischen Staatsmannes.

In dem „Föderalist", dem politischen Handbuch amerikanischer Staatsmänner, der besten Quelle für die Auslegung der Verfassung, sagt Madison[5]): „Die Zustimmnng und Bestätigung der Gesammtverfassung, welche von den einzelnen Staaten einzuholen war, wurde nicht ertheilt als von Individuen, welche eine ganze Nation ausmachen, sondern als von Individuen, welche die verschiedenen und unabhängigen Staaten ausmachen, denen sie respective angehörten. Auf diese Weise wurde die Verfassung bestätigt, nicht also durch die Majorität des Volkes der Vereinigten Staaten, um die Minorität zu binden, sondern durch den

---

[5]) Wir führen das Original hier an, wie es im Föderalist Nr. XXXIX steht: „the assent and ratification of the people of America was given to the constitution, not as individuals composing one entire nation, but as composing the distinct and independant States to which they respectively belong. The Constitution was so adopted, not by the majority of the people of the United States binding the minority, but by the voluntary act of each State considered as a sovereign body, independant of all others."

freiwilligen Act eines jeden Staates, als eines souveränen Staatskörpers, unabhängig von allen übrigen."

Dieses Zeugniß Madison's allein genügt, um jeden Zweifel über den Charakter der Union zu beseitigen, und um das Princip der Einzelsouveränetät nachzuweisen.

Der Fortbestand der Souveränetät der einzelnen Staaten ergiebt sich auch ferner daraus, daß, nachdem die sämmtlichen dreizehn Staaten die Verfassung ratihabirt hatten, die zwei Jahre später vom Congreß empfohlenen Abänderungen der Verfassung der Bestätigung der Convente der einzelnen Staaten wiederum unterbreitet wurden; es wurden nämlich zwölf solcher Abänderungen vorgeschlagen, wovon nur zehn von den einzelnen Staaten bestätigt wurden, und nur diese zehn haben Geltung als Theil der Verfassung erlangt. Ferner waren diese zehn Abänderungen Einschränkungen der Gewalt der Föderal-Regierung, oder nachträgliche Schutzmittel für die Rechte der einzelnen Staaten, oder des Individuums, und bezeichneten charakteristisch die politische Eifersucht gegen die Föderal-Regierung[6]), ein eclatanter Beweis zugleich gegen die Behauptung, es sei durch den Zusammentritt der dreizehn Staaten in eine Gesammt-Verfassung die Souveränetät der einzelnen Staaten aufgegeben worden.

In Artikel X der Abänderungen der Verfassung liest man ferner: „Die Befugnisse, welche den Vereinigten Staaten durch die Verfassung weder übertragen, noch durch dieselbe den einzelnen Staaten entzogen worden sind, werden den einzelnen Staaten, oder dem Volke vorbehalten." Daraus folgt zunächst, daß die Regierung der Vereinigten Staaten keine anderen als

[6]) Tucker. I. 407.

delegirte Befugnisse hat. Mit dem Ausdruck „den einzelnen Staaten oder dem Volke vorbehalten", dagegen wird darauf hingedeutet, daß ein einzelner Staat auf zweierleiweise seine Thätigkeit entfalten kann, nämlich durch seine Legislatur (eigentliche Handlung des Staates im technischen Sinne), oder durch seinen Convent (Handlung des Volkes). Die von einer nur geringeren Anzahl aufgestellte Behauptung, es sei unter dem Ausdruck, „oder dem Volke", das gesammte Volk der Vereinigten Staaten verstanden worden, hat keinerlei vernünftigen Grund, denn niemals ist in der amerikanischen Geschichte die Annahme zur Geltung gekommen, daß sämmtliche Völker der verschiedenen Staaten ein ganzes **homogenes** Volk ausmachen. Zur Bestätigung dieses Satzes verweisen wir auf die schon angeführten Worte Madison's.

Zur Beseitigung eines möglichen Verdachtes, als würden die Bestimmungen der Verfassung hier nur so weit allegirt, als sie uns conveniren, sei es uns gestattet, in Kürze der sämmtlichen Bestimmungen der Verfassung zu gedenken. Die Worte der Einleitung beziehen sich auf den Zweck derselben: **„für die gemeinschaftliche Vertheidigung zu sorgen, die allgemeine Wohlfahrt zu befördern"**, das heißt entschieden die Wohlfahrt aller Staaten und nicht der Mehrzahl derselben.

Artikel I verordnet einen Congreß, und legt demselben gewisse Befugnisse bei, indem dieselben **sorgfältigst** aufgezählt werden.

Durch Artikel II werden das Amt und die Obliegenheiten der Executive näher bestimmt, besonders alle einzelnen Berechtigungen des Präsidenten erwähnt.

Artikel III regelt das Gerichtswesen und Artikel IV bezeichnet gewisse Verhältnisse, sowohl der einzelnen Staaten zu einander, als auch derselben zu der Föderal-Regierung.

Artikel V bezieht sich auf Abänderungen der Verfassung. Artikel VI erkennt die Gültigkeit gewisser, vor der Annahme der Verfassung bestehender Schulden der Staaten an, bezeichnet die Verfassung als das höchste Gesetz des Landes[7]) und bestimmt ein eidliches Gelöbniß zur Aufrechterhaltung der Verfassung für die Beamten der Föderal-Regierung, sowohl als die der einzelnen Staaten.

Endlich macht Artikel VII, der schon angeführt worden ist, die Gültigkeit der Verfassung abhängig von der Confirmation jedes einzelnen Staates.

Eine ausdrückliche Erklärung der Beibehaltung aller der Föderal-Regierung nicht delegirten Befugnisse für die einzelnen Staaten befand sich, wie oben erwähnt, in den „Conföderations-Artikeln", nicht aber in der ursprünglichen Zusammenstellung der Artikel der Gesammt-Verfassung, in welcher sie erst zwei Jahre später im Wege des Amendements[8]), wie gleichfalls erwähnt worden, aufgenommen wurde. Der Grund dafür war, daß man dies für selbstverständlich hielt, und erst später, um allen Zweifel in der Zukunft zu verhüten, dasselbe ausdrücklich hinzufügte.

Durch die Anerkennung der Vereinigten Staaten seitens Frankreichs zuerst, und später seitens Englands, wurden die Staaten als freie, unabhängige, souveräne Staaten, und nicht als eine centrale Regierung anerkannt.

Verlangt man noch andere Beweisgründe, so sind dieselben der Geschichte der Ereignisse jener Zeit sowohl, als den Erörterungen im Congreß und der Presse zu entnehmen. Wenn man die Debatte des Congresses im Jahre 1787, und die des Allgemeinen-Conventes in Philadelphia in demselben Jahre liest, so müßten die häufig vorkommenden Drohungen,

---

7) Selbstverständlich, so weit die Delegation reichte.

8) Amend. X.

die Union zu trennen, schon damals als die Basis der Vertretung Gegenstand der Berathungen war, auffallen, wenn man nicht bei Ermangelung einer herzustellenden Einigung, die Trennung als die natürliche dann einzutretende Consequenz ansah.

Schon damals treten Staatsmänner auf, welche die Einzelsouveränetät zu vernichten sich bemühten, wie die Herren King aus Massachusetts, Wilson aus Pennsylvanien und Alexander Hamilton. Wilson und seine Mitwirkenden wollten auch im Senat eine Vertretung der einzelnen Staaten je nach dem Zahlenverhältnisse der Bevölkerung; sein Verlangen aber fiel in dem allgemeinen Convent durch eine große Stimmenmehrheit, nach welcher vielmehr festgesetzt wurde, daß jeder Staat, ohne irgend welchen Unterschied je nach der Seelenzahl seiner Bewohner, eine gleiche Zahl Vertreter nach dem Senat entsenden sollte. Wir erblicken hierin einen Beweis dafür, daß das durch eine Staatseinheit repräsentirte Interesse eines jeden einzelnen Staates, der Gesammtheit gegenüber, ein gleiches Gewicht erhalten sollte, mithin die Persönlichkeit jedes einzelnen Staates, selbst in Angelegenheiten, die dem Congresse zur Verwaltung überwiesen waren, als fortbestehend erachtet wurde. Diese Persönlichkeit hat ihre Begründung in der Souveränetät des einzelnen Staates, folglich muß die Souveränetät so lange fortbestehen als die Persönlichkeit noch vorhanden ist.

Bekanntlich hat man in neuester Zeit in den Nord-Staaten diesem Princip großen Widerstand entgegengesetzt, indem behauptet wurde, dasselbe sei widersinnig, mit dem Begriffe einer dauerhaften Regierung unvereinbar und den Keim der Selbstvernichtung enthaltend. Nicht aber darauf kommt es an, welche Einrichtung in abstracto die verständigere sein würde, sondern lediglich darauf, welche dieser Ein-

richtungen **wirklich besteht**, und, wie wir eben nachzuweisen bemühten, de facto sowohl als de jure besteht. Ein sehr beliebter Beweisgrund, den der Norden gegen dieses Princip zur Geltung zn bringen versucht hat, ist der, daß, werde das Recht eines Staates, zurückzutreten, einmal angenommeu, dann auch einer jeden Grafschaft dasselbe Recht eingeräumt werden müsse. Durch diesen Trugschluß hat man besonders versucht, die Völker Europas zu täuschen. Die Grafschaften (Kreise) in einem Staate existiren bekanntlich durch eiuen Act der Legislatur des Staates, die auch befugt ist die Grafschaften zu verändern, durch Theilung oder Einigung, oder sie sogar aufzulösen; folglich haben diese Landestheile keine selbstständige politische Existenz und sie bestehen nur zur bequemeren Verwaltung des ganzen Staates. Die Grafschaften entbehren ferner aller historischen Grundlage zur Beanspruchung eines solchen Rechtes und Niemand hat gehört, daß irgend eine Grafschaft die Souveränetät jemals sich beigemessen hat.

Aus dem Angeführten, glauben wir, ergiebt sich, daß der Union nur die Ausübung der ihr ausdrücklich delegirten Rechte zustand, daß die juristische Persönlichkeit (Souveränetät) jedem einzelnen Staate verblieben ist, daß die einzelnen Staaten diese nur durch ausdrückliche Verzichtleistung hätte verlieren können, sowie, daß es eines Verzichtes auf das Recht, sich von der Union loszusagen, bedurft hätte, um den einzelnen Staaten dieses natürliche Recht zu entziehen.

Einige behaupten, es sei die Souveränetät der einzelnen Staaten eine **beschränkte**; jedoch mit Unrecht, denn die Machtfülle der den einzelnen verbliebenen und niemals aufgegebenen Souveränetäts-Rechte blieb unberührt durch Uebertragung der Ausübnng einzelner Rechte an die Union. Und diese Uebertragung, welche, wie oft gesagt, keineswegs unter Verzichtleistung auf Zurücknahme geschah, konnte unter keinen

Umständen mehr bedeuten, als das Rechts-Verhältniß des Machtgebers zum Bevollmächtigten.

Dieser Satz ist so selbstverständlich, daß es keines Beweises bedarf; aber um jeden Zweifel zu beseitigen, führen wir wiedernm die Autorität Madison's an. Derselbe spricht sich dahin aus[9]: „Der Begriff einer nationalen Regierung faßt in sich, nicht nur eine Herrschaft über die einzelnen Bürger, sondern auch eine unbeschränkte Obergewalt über alle Personen und Sachen, insoweit als sie die Gegenstände einer erlaubten Herrschaft bilden. Bei einem in eine Nation vereinigten Volke steht diese Obergewalt gesetzlich der Nationallegislatur vollständig zu. In dieser Beziehung dann, kann die in Frage stehende Regiernng (d. h. der Vereinigten Staaten) nicht als eine nationale angesehen werden, da ihre Herrschaft sich anf gewisse aufgezählte Gegenstände allein erstreckt, und den Staaten eine ihnen verbleibende und unverletzliche Souveränetät über alle anderen Gegenstände beläßt."

Es ist nie bezweifelt worden, daß es der Wunsch und die Absicht gewesen, eine möglichst dauernde Union zu bilden; aber dieser Wunsch hatte jedenfalls die früher schon angeführten besonderen Zwecke zum Gegenstande; nicht aber war die Union ein Selbstzweck. Mit einem Worte, die Union sollte das Mittel und nicht der Zweck sein.

---

[9]) Federalist XXXIX. „The idea of a national government involves in itself, not only an authority over the individual citizens, but an indefinite supremacy over all persons and things, so far as they are objects of lawful government. Among a people consolidated into one nation this supremacy is completely vested in the national legislature. In this relation then the proposed government can not be considered a national one, since its jurisdiction extends to certain enumerated objects only, and leaves to the States a residuary and inviolable sovereignty over all other objects."

Nachdem jetzt mehrere Staaten die geschehene Delegation zurückgenommen haben, weil sie sahen, daß nicht die Wohlfahrt, sondern der Schaden ihres Landes durch von der Union getroffene Maßregeln herbeigeführt wurde, thaten sie nichts Anderes, als das, wozu jeder Machtgeber berechtigt ist. Sie kündigten ein Mandat, welches im Staats- wie im Privat-Recht ein Vertrag ist, der nur bestehen kann, so lange Uebereinstimmung des Willens vorhanden ist, und lösten so, mit voller Befugniß, ein bis dahin bestehendes Bündniß auf. Sie sagten sich dadurch nicht los von den während des Bestehens der Union eingegangenen Verbindlichkeiten, für die sie vielmehr nach den allbekannten Regeln des Vollmachtvertrages aufzukommen verpflichtet blieben und sich bereit erklärt hatten.

Dieses Recht des Ausscheidens aus der Union wird nicht blos von südländischen Staatsmännern als unbezweifeltes Grundrecht angesehen, sondern wir finden selbst in den Schriften nördlicher Staatsmänner dieses Recht als ein verfassungsmäßiges Recht vertheidigt. William Rawle, früher General-Anwalt (Attorney General) des Staates Pennsylvanien, drückte sich im Jahre 1825 in einer Abhandlung über die Verfassung in folgenden unzweideutigen Worten aus[10]): „Sollte eine Partei versuchen, den Beschluß eines Staates

[10]) Rawle. Essay on the Constitution. p. 288. „If any faction should attempt to subvert the action of a State for the purpose of destroying its republican form, the paternal power of the Union would be called forth to subdue it. Yet it is not to be understood that its interposition would be justifiable if the people of a State should decide to retire from the Union. It depends on the State itself whether it will continue a member of the Union. To deny this right would be inconsistent with the principle on which all our political systems are founded, and which is: that the people have, in all cases, a right to determine how they will be governed."

zu vernichten, um dessen republicanische Form zu zerstören, so würde die väterliche Macht der Union angerufen werden, diese Partei zu unterdrücken. Jedoch darf man nicht annehmen, daß diese Intervention der Union gerechtfertigt sein würde, wenn das Volk eines Staates sich entschlösse, von der Union sich zurückzuziehen. Es hängt von dem Staate selbst ab, ob er ein Mitglied der Union bleiben will. Dieses Recht abzuleugnen wäre mit dem Principe unvereinbar, auf welchem alle unsere politischen Systeme begründet sind, nämlich: daß das Volk unter allen Umständen das Recht hat, zu entscheiden, wie es regiert werden will."

Derselbe Staatsmann sagt an anderer Stelle wiederum[11]): „Das Ausscheiden eines Staates aus der Union hängt von dem Willen des Volkes dieses Staates ab."

Schon im Jahre 1815 wurde von dieser Berechtigung, auszuscheiden, Gebrauch gemacht, als sämmtliche Staaten Neu-Englands, Maine ausgenommen, im Convente in Hartford versammelt, den Entschluß aussprachen, weder einen weiteren Beitrag zur Führung des damals bestehenden Krieges mit England zu leisten, noch ferner hierzu Hülfstruppen aus ihren Grenzen zu entsenden, auch unter andern zugleich verlangten, den Krieg einzustellen, widrigenfalls sie sich selbst helfen würden, womit sie die Beschlußfassung über ein eventuelles Ausscheiden andeuteten.

Uebrigens war der Staat, welcher jetzt so lautes Geschrei gegen das Ausscheiden der Südstaaten erhoben hat, weil sein Interesse und seine Wohlfahrt von der Erhaltung der Union abhängt, nämlich der Staat Massachusetts, gerade

[11]) Rawle. Essay on the Constitution. p. 296. „The secession of a State from the Union depends on the will of the people of such State."

damals der treuloseste aller Staaten Neu-Englands, und der erste, welcher Commissionäre nach der Föderal-Regierung schickte, um die vom Convente in Hartford empfohlenen Maßregeln, gleichfalls in seinem Interesse, durchzuführen.

Eine Schwäche der entgegenstehenden Partei und ihrer Sache ist es aber, wenn diese Revolution, Rebellion oder Hochverrath das nennen, was Andere als ihr gutes Recht nachweisen, welches zu entkräften Jene allen und jeden Beweis schuldig geblieben sind.

Zweites Kapitel.

Ursachen der Auflösung der Union.

I. Sociale Ursachen.

In der ältesten Geschichte der Colonien haben wir oben als die Grundlage der Union das Princip der Souveränetät der einzelnen Staaten bezeichnet.

Um die ersten Ursachen der Auflösung der Union zu entdecken, muß man noch weiter in der Geschichte zurückgehen, sogar bis in die Zeit der Auswanderung der Colonisten nach Amerika.

Die erste permanente Ansiedelung in Amerika wurde in Virginien unter einem königlichen Patente gegründet. Schon im Jahre 1619 wurde dort eine gesetzgebende Versammlung eingerichtet, der englischen nachgebildet. Der König wurde durch den Governor dargestellt, das Herrenhaus durch den Rath des Governors und das Haus der Gemeinen durch das Haus der Abgeordneten oder the house of burgesses[12]).

---

[12]) Tucker. I. p. 24.

Virginien war demgemäß eine königliche Provinz, die von Unterthanen der englischen Krone gegründet wurde, welche ihre Liebe für die politischen Institutionen des Vaterlandes und ihre Anhänglichkeit an die Krone durch die Einrichtung der Colonial-Regierung und durch die Einführung der anglicanischen Kirche unter sich kundgaben. Ein Beweis, daß die Colonisten Virginiens der Partei der Conservativen in England angehörten, welche dann auch zu den treuesten und unerschütterlichsten Anhängern des Royalismus, insbesondere des in Folge des Bürgerkrieges hingerichteten Königs Karl I. gehörten.

Als Cromwell in England gesiegt hatte, entfloh eine große Zahl der edelsten Cavaliere Karls I. nach Virginien. Diese ausgewanderten Cavaliere vermehrten die schon bestehende Colonie Virginiens, von der die Bevölkerungen der meisten Süd-Staaten herstammen, welche letzteren, wie ja bekannt, hauptsächlich von Colonisten aus Virginien, und nicht durch directe Auswanderung von England bevölkert wurden.

In der Zeit zwischen 1605 und 1610, verließ eine Religions-Partei ihr englisches Vaterland, selbstverbannt, um in Holland Religions-Freiheit zu suchen und der Verfolgung, um ihres Glaubens willen, zu entgehen. Im Jahre 1620 langten eine Anzahl von Hundert dieser Religions-Genossen, der Puritaner, die Stadt Leyden verlassend, in Amerika an. Sie waren bloße Abenteurer, die kein Recht an dem Boden, viel weniger ein Patent hatten, das sie berechtigte, eine Regierung zu errichten. Jedoch erhielten dieselben später ein bestimmtes Landesgebiet von der in Plymouth begründeten Colonie, welche ein königliches Patent besaß, und ließen sich auf diese Weise in Neu-England nieder. Von diesen Puritanern ist Neu-England fast ausschließlich bevölkert worden.

Der Eifer, den die Colonisten in Virginien zur Unter-

stützung der königlichen Angelegenheiten während des Bürgerkrieges in England darlegten, bildete einen vollständigen Gegensatz zu dem Benehmen der Colonien Neu-Englands. Die Gegenwart der Cavaliere in Virginien diente auch dazu, die Unterthanen-Treue der dortigen Colonisten gegen die Krone noch stärker zu machen. Dem Sohn Karls I., den sie als ihren König anerkannten, verblieben sie so treu und anhänglich, daß es nöthig wurde, eine Macht von England zu senden, um sie zu unterdrücken. Die Puritaner hatten dagegen sich mit großer Wärme der Sache Cromwells angenommen, indem sie einen Beweggrund dazu in ihrem fortdauernden Haß gegen die Cavaliere und die anglicanische Kirche fanden. Auf diese Weise pflanzten sich in der neuen Welt dieselben Zwistigkeiten zwischen den Puritanern und den Conservativen fort, die längst vorher in der alten Welt ihr unheilvolles Wesen getrieben hatten. In Amerika entfaltete sich so ein neuer Wirkungskreis für diese Feindseligkeiten, indem die Puritaner, welche bei der großen Entfernung von der englischen Regierung Nichts mehr zu fürchten hatten, mit größerer Kraft für ihre Meinungen auftreten konnten, während die Cavaliere ihrerseits bei der Schwäche der englischen Regierung, von dieser verlassen, in die Lage kamen, ihre conservative Richtung selbstständig zu vertreten.

Merkwürdig ist es, daß die Puritaner, welche vor der Verfolgung ihres Glaubens geflohen waren, in Amerika alsbald grausame Verfolger der Glaubensfreiheit und die unduldsamsten Frömmler wurden, wogegen die Katholiken, welche mit Lord Baltimore nach Maryland kamen, unter denselben Umständen die ersten auf dem amerikanischen Festlande waren, welche durch die entschiedenste Duldung aller Glaubensbekenntnisse sich auszeichneten. „Während die Erinnerung an ehemalige Verfolgung die Quäker in Pennsylvanien

und die Baptisten in Rhode-Island veranlaßte, Glaubensfreiheit Anderen zuzugestehen: vernichtete der Fanatismus (der Puritaner) in Massachusetts, unter ähnlichen Umständen, den Sinn für die Gerechtigkeit[13])." Der Geschichtsschreiber Tucker, welcher uns dieses berichtet, schildert die Puritaner treffend wie folgt: „in der That aber konnte Mitgefühl für das Leiden der Verfolgten nicht aufkommen gegen der Puritaner tolle Frömmelei, eine Bethörung, die, indem sie alle moralischen Unterschiede verwechselnd, die rohste Grausamkeit als harmlos betrachtet, und Milde und Mäßigung in ein Verbrechen verwandelt[14])."

Die Hexerei bot den Puritanern häufig Gelegenheit zur Verfolgung dar[15]), und die ersten peinlichen Untersuchungen wegen Hexerei in Amerika fanden im Jahre 1645 in Massachusetts statt, wo vier Personen deshalb hingerichtet wurden[16]). Beinahe ein halbes Jahrhundert später, im Jahre 1690, erreichte diese Verblendung ihren Gipfel[17]). Diese der Geschichte entnommenen Thatsachen werden angeführt, um den Charakter und die Neigung des Puritanismus in Amerika zu zeigen. Bezeichnend ergiebt sich der Geist des puritanischen Fanatismus unter andern aus den „blue laws", die Neu-England ihre Heimath nennen. Nach einem derselben wurde es für ein Verbrechen erklärt, wenn eine Mutter ihr Kind am Sonntage küßte.

Obgleich diese Gesetze in Neu-England jetzt keine Geltung mehr haben, so ist nichtsdestoweniger der Geist, welcher sie hervorgerufen hat, jetzt rasender als jemals, und mehr wie je ist gegenwärtig das Treibhaus und die Stätte des bethörten Fanatismus an den Heerden Neu-Englands zu finden. Die widerlichen und unsittlichen Lehren von Free-

---

13) Tucker. I. 34. — 14) Tucker. I. 34. — 15) Grahame. Colonial History. III. — 16) Hildreth. II. — 17) Tucker. I. 36.

love, Spirit-rapping und Woman's rights verdanken dem christlichen Neu-England ihren göttlichen Ursprung.

Dieser puritanische Fanatismus hat in heutiger Zeit das fruchtbarste Feld seiner eifrigen Thätigkeit auf dem politischen Gebiete sich auserlesen.

Eine natürliche Folge dieses politischen Fanatismus ist der Haß zwischen den Nachkommen der Puritaner (dem Volke Neu-Englands) und den der Cavaliere im Süden, welcher gegenwärtig seinen Höhepunkt erreicht zu haben scheint.

Dieser Zwist beschränkt sich nicht allein auf die Völker der zwei Landestheile, des Nordens und Südens, als Gesammtheiten, sondern sogar auf die diesen Gesammtheiten angehörigen Individuen; denn der Einfluß ihres verschiedenartigen Ursprungs, wesentlich verschiedene sociale und politische Institutionen und die Verschiedenartigkeit in der Erziehung haben den individuellen Charakter in Neu-England und in den Süd-Staaten ebenso verschieden gestaltet, wie der Charakter der Chinesen und der Engländer ist.

Einem Jeden, der etwas genauere Kenntnisse der amerikanischen Zustände besitzt, muß der tief begründete Haß der Neu-Engländer gegen die Südländer wegen ihres Ursprungs, ihrer Feinheit und Ausbildung auffallen. Während jene zu gleicher Zeit die letzteren im Geheimen bewundern und fürchten (und es ist nur zu bekannt, wie namentlich der im Auslande reisende Yankee mit unverhaltenem Stolz auf seine Landsleute, die Gentlemen des Südens, vor dem Bruche mit diesen, zu zeigen gewohnt war), werden die Yankees, wegen ihrer unflätigen Anbetung des Dollars, von dem Südländer verachtet, und es ist kein Wunder, daß dieser den Yankee als einen untergeordneten Menschen betrachtet, daß der Name Yankee als gleichbedeutend angesehen wird mit allem, was eigennützig und kleinlich ist.

Der Gegensatz zwischen diesen zwei von einander so verschiedenen Völkern, die nur eins gemeinschaftlich haben, nämlich die Sprache, läßt sich jetzt deutlicher wie je wahrnehmen, indem er beweist, daß sie nicht zu einander passen, und daher auch nicht mehr friedlich zusammenleben können.

II. Oekonomische Ursachen.

Schon vor der Annahme der „Conföderations-Artikel" seitens der „Vereinigten Colonien", während des ersten Unabhängigkeitskrieges nnd vor und zur Zeit der Annahme der „Föderal-Verfassung", war der fremdländische Handel eine fruchtbare Quelle bitteren Streites und fortgesetzter Eifersucht zwischen dem Norden und dem Süden, und daher anch die Ursache häufiger Ungerechtigkeiten des Nordens gegen den Süden.

Der Norden von der Natur im Betreff der Häfen besser bedacht, hat sich daher dem Seehandel zuwenden können und hat bei Abschließung von Verkehrsverträgen, bei Erlaß der Schifffahrtsgesetze, bei Einführung von Schiffszöllen, ingleichen in den die Fischerei betreffenden Angelegenheiten allezeit sein Interesse vorzugsweise bedacht, häufig sogar zum entschiedenen Nachtheil des Südens. Ja zu wiederholten Malen fehlte wenig daran, daß er, lediglich in seinem Fischerei-Interesse, die Gesammtheit der Vereinigten Staaten in einen Krieg mit England verwickelt hätte.

Der Süden dagegen konnte bei seiner dem Seehandel nicht so günstigen Lage, insbesondere in Ermangelung vortrefflicher Häfen, seine Thätigkeit dem Seehandel nicht zuwenden und widmete daher seine ganze producirende Kraft dem Landbau. Der Norden, welcher eines so fruchtbaren, für den Ackerbau geeigneten Bodens sich nicht erfreute, legte

sich mehr auf die Industrie, insbesondere auf die Baumwollen- und Eisen-Fabrikation, in welcher erstern er nächst England den ersten Rang einnimmt, während er anch im letztern Erhebliches geleistet hat.

Alle diese Leistungen im Fabricationswesen erhielten aber erst ihre wahre Bedeutung und lieferten einen reellen Werth erst durch die bedeutenden Schutzzölle, welche eingeführt wnrden, um den Norden gegen die Concurrenz Europas zu sichern. Hierdurch wurde selbstverständlich der Vortheil des Nordens durch den Schaden des Südens herbeigeführt. Durch freien Handel würde der Süden seinen Bedarf an Producten erheblich billiger in Europa haben erkaufen können, durch die zu Gunsten des Nordens eingeführten Schutzzölle dagegen wurde er gezwungeu, seinen Bedarf vom Norden zu entnehmen. Der Süden wurde der gezwungene Kunde des Nordens und der Südländer genöthigt, sein Geld dem Norden zufließen zu lassen, welcher ihm dafür nur Fabrikate geringerer Qualität bieten konnte, als jener sie für erheblich billigere Preise von Europa hätte beziehen können, und der reiche Südländer sah sich genöthigt, seine feinen Luxusartikel aus Europa, durch die Einfuhrzölle erheblich vertheuert, kommen zn lassen. So hat der Handel der Südstaaten die Städte des Nordens aufbauen helfen und die Bevölkerung des Nordens auf alleinige Kosten des Südens bereichert.

Ist es nun richtig, daß der Süden, solange er mit dem Norden vereint war, eine Quelle der Bereicherung für diesen gewesen ist, so folgt daraus, daß sein Ausscheiden aus der Union dazu beitragen muß, den Wohlstand des Nordens zu verringern. Da wir die Beweise für die Bereicherung vor der Trennung geführt zu haben glauben, so wird es keines Gegenbeweises bedürfen für die Verminderung des Wohlstandes nach der Trennung; wohl aber bedarf es der Erwäh-

nung, daß die Angaben, welche in Neu-York vor Kurzem gemacht wurden, daß nämlich seit dem Anfang des Krieges der Wohlstand des Nordens zugenommen habe, beweislos geblieben sind. Denn die dafür angeführte Thatsache, daß während des verlaufenen Jahres (vom 1. Juli 1860 bis 1. Juli 1861) die Einfuhr fremder Waaren sich vermindert, die Ausfuhr einheimischer dagegen zugenommen habe, ist die einfache Folge des Umstandes, daß der Süden nichts durch den Norden bezogen hat, und daß dieser, da er auch seine eigenen Erzeugnisse nicht an den Süden zu verhandeln Gelegenheit hatte, genöthigt war, seine Producte in größerer Menge zu exportiren; ob nicht vielleicht zu erheblich niedrigeren Preisen, um sie nur los zu werden, steht sehr dahin.

Aus dem Bestreben der Vertreter des Nordens, durch schwache Beweismittel Behauptungen nachzuweisen, wovon das Gegentheil klar zu Tage liegt, ersieht man eben so sehr, wie aus den leidenschaftlichen Exclamationen über den s. g. Hochverrath der Südstaaten, die niederschlagende Ueberzeugung, daß der Norden durch eine dauernde Trennung vom Süden die empfindlichsten Nachtheile für immer zu erleiden, mit Recht fürchtet.

Die Tariffrage ist weder eine Sache der Vergangenheit, noch der Gegenwart allein, denn sie hat vom Anfang an der Regierung der Vereinigten Staaten bis heute dieselbe Ursache zum Streit gegeben. Um sich zu überzeugen, daß die Schutzzölle wirklich dazu beigetragen haben, die Union zu trennen, erinnere man sich, daß Süd-Carolina im Jahre 1832, als es die Tarifgesetze für verfassungswidrig erklärte, seinen Entschluß aussprach, die Union zu verlassen, wenn diese Gesetze für dasselbe bestehen blieben. — In dem Programm (Platform) der republikanischen Partei, welche Herrn Lincoln zum Präsidenten erwählt hat, wurde die Fortsetzung des Pro-

tections-Systems für rathsam und unentbehrlich erklärt, während die demokratische Partei dasselbe als unklug und verderblich bezeichnete. Die Republikaner sind ihrem Worte treu geblieben, und schon seit März 1861 besteht die Morrill Tarifbill, ein Gesetz, das alle frühern maßlos übertrifft und den Culminationspunkt nördlicher Eingriffe ausmacht.

Eine solche mittelbare Besteuerung, wie die, welcher der Süden mit grobem Unrecht unterworfen worden, ist außerdem eine verfassungswidrige Besteuerung, und wenn der Süden sich derselben widersetzt, thut derselbe nur das, was alle dreizehn ursprüngliche Staaten mit Bezug auf England thaten, indem sie behaupteten, kein Volk dürfe ohne seine Einwilligung besteuert werden.

Diese Ursachen der Trennung hat der Norden sich bemüht im Hintergrund zu halten, damit Europa nicht erkennen sollte, wie gerecht die Beschwerden des Südens seien.

III. Politische Ursachen.

Die Geschichte Amerikas ist so kurz, im Vergleich mit der Europas, daß häufig gesagt wird, Amerika besitze keine Geschichte. Aber so kurz auch der Zeitraum ist, seitdem Amerika die Aufmerksamkeit der alten Welt erregt, so haben sich dennoch politische Maximen dort entwickelt, die den gegenwärtigen Einwohnern als Traditionen zugekommen sind, und welche für dieselben einen doppelten Werth haben, weil sie die Grundlage ihrer Rechte bilden. In dieser Beziehung wird, wie wir gesehen, in der „Unabhängigkeitserklärung" unter anderm das Recht des Volkes behauptet, die Regierungsform zu verändern oder aufzuheben und an deren Stelle eine neue zu setzen, wie sie geeignet

wäre, die Sicherheit und Wohlfahrt herbeizuführen.

Die natürliche Folge dieses Satzes, wie sie zur Geltung durch das vereinigte Bestreben mehrerer verschiedenen Gemeinden gelangte, war die, die Einzelnsouveränetät zu entwickeln, welche, wie mehrfach erwähnt, das Grundprincip der Union war. Es versteht sich dann von selbst, daß jeder Versuch, diese Einzelnsouveränetät zu verletzen, von den einzelnen Staaten als eine ungerechte Kränkung hat angesehen werden müssen.

Eine der größten Verletzungen dieser Art beging die Föderal-Regierung, indem sie den einzelnen Staaten, innerhalb deren Grenzen die Ländereien der Indianer sich befanden, die Gesetzgebung über solche bestritt; diese Ungerechtigkeit erbitterte die betreffenden Staaten, welche Südstaaten waren, so sehr, daß sie die Waffen ergriffen, und so der Krieg zu verschiedenen Malen seinem Ausbruche nahe war.

Einen weitern Beschwerdegrund des Südens veranlaßte das Verfahren der Föderal-Regierung in Ansehung des Districts von Columbien. Dieser District war von den Staaten Virginien und Maryland unter der ausdrücklichen Bedingung für den Sitz der Föderal-Regierung erworben, daß darin kein Gesetz eingeführt werden dürfe, welches mit den Institutionen dieser beiden Staaten im Widerspruch stände, es wäre denn, daß die ausdrückliche Zustimmung zu einem solchen Gesetze ertheilt würde. Die Föderal-Regierung war aber fortwährend bemüht, sich der Einhaltung dieser Bedingung zu entwinden, sie war sogar bemüht, ohne die bedungene Zustimmung einzuholen, die Sklaverei dort abschaffen zu lassen. Wir sagen, sie war bemüht dies zu thun, denn in der That kam die Majorität für einen solchen Beschluß nicht zu Stande. Ein Zweifel ist aber darüber im Süden nicht geblieben, daß so-

bald nur durch ein größeres Uebergewicht des Nordens eine Majorität für einen solchen Beschluß möglich geworden wäre, die Föderal=Regierung keinen Augenblick angestanden haben würde, ihn zu fassen, selbst weitergehend demnächst das ganze Institut der Sklaverei zu bekämpfen und aufzuheben, wozu, beiläufig gesagt, dem Congreß durch die Verfassung ein Recht niemals delegirt worden ist.

Eine thatsächliche Verletzung der Verfassung und der Rechte des Südens geschah im Jahre 1820, als Missouri, bis dahin ein Territorium (das heißt, ein Landgebiet, welches nicht die zur Begründung eines selbstständigen Staates für erforderlich gehaltene Einwohnerzahl in sich begreift), den Eintritt in die Union nachsuchte. Der Eintritt wurde gebilligt, aber nur unter der Bedingung, daß für die Zukunft die Sklaverei in allen Territorien nördlich 36°, 30′ Breite auf ewig verboten sein sollte. Dies war um so ungerechter, als der Verfassung gemäß, der Cougreß nicht das Recht hat, den Eintritt eines Territorium mit der erforderlichen Bevölkerung und einer republicanischen Verfassung in die Union zu verweigern, und das Recht eines jeden Staates, die Sklaverei nach seinem Belieben einzuführen oder abzuschaffen, niemals bestritten worden war. Mit gleicher Mißachtung der Verfassung hat der Congreß im Jahre 1820 beschlossen, daß kein Territorium, welches die Sklaverei in seiner Verfassung anerkannte, ferner in die Union solle eintreten dürfen. Der Süden hat schon damals dagegen protestirt und diesen Beschluß stets für verfassungswidrig erklärt.

Alle diese Beschwerdegründe haben die Südstaaten überzeugt, daß sie auf die Dauer eine verfassungsmäßige Gerechtigkeit von dem Norden nicht erwarten dürften, mit einem Worte, es ist die tief begründete Ueberzeugung der Südstaaten geworden, daß sobald als der Norden mächtig genug geworden

sein würde, seine Maßregeln mit Gewalt durchzuführen, dieser nicht einen Augenblick säumen würde, die verfassungsmäßigen Rechte des Südens aus dem Wege zu räumen.

Diese Ueberzeugung gewinnt Stärke durch das Benehmen des Nordens in Ansehung der Territorien. Bekanntlich haben sämmtliche Staaten gleiche Rechte und gleiche Interessen in den Territorien, welche gemeinschaftliches Eigenthum derselben sind. Der Norden aber hat fortwährend versucht, die Rechte der Südstaaten in den Territorien zu beseitigen, dadurch, daß er den Südländern das Recht verweigert, seine Sklaven mit sich in die Territorien zu bringen, und ihnen allen rechtlichen Schutz dort vorzuenthalten.

Die Absicht war dabei unzweifelhaft die, die Bewohner des Südens von den Territorien auszuschließen, damit dieselben allein von Nordländern oder Fremden bevölkert werden sollten, und der Norden dadurch ein größeres Uebergewicht gewinnen könnte. Daraus erklärt sich die Verwaltung der Territorien seitens des Congresses, der durch niedrige Verkaufspreise und Schenkungen der Ländereien dort versucht hat, die Auswanderung von Europa dahin zu lenken; mit welchem Erfolge, das sieht man an der Thatsache, daß ausländische Stimmen den Herrn Lincoln zum Präsidenten gemacht haben.

Eine schreiende Verletzung der Verfassung ist ferner das Verfahren mehrerer Nordstaaten, welche seit einer langen Reihe von Jahren das sichtliche Bestreben an den Tag gelegt haben, das in den Südstaaten bestehende Institut der Sklaverei zu gefährden. Der berühmte Jurist, Judge Story, ein bekannter Gegner des Südens, bestätigt den Satz, daß ohne die Pflicht der Auslieferung flüchtiger Sklaven, wie sie durch die Verfassung festgesetzt, eine Union niemals zu Stande gekommen wäre. Diese Auslieferung bildete eines der Grundrechte der Südstaaten, wurde aber von vielen Nordstaaten

geflissentlich dadurch verletzt, daß sie Personalfreiheitsgesetze (Personal liberty bills) einführten, durch welche die Wiederergreifung der Flüchtigen verhindert, und die Südstaaten ohne allen rechtlichen Schutz gelassen wurden.

An diese politischen Ursachen reihen sich die, welche dem religiösen Gebiete angehören.

Als unbestritten dürfen wir vorausschicken, daß der Amerikaner seinen Glauben und alles, was dahin einschlägt, als eine seiner wichtigsten und ernstesten Beziehungen anzusehen gewohnt ist. Bis vor etwa zwanzig Jahren hatten sich die Religions-Gesellschaften von politischen Beziehungen fern zu halten gewußt. Die Methodisten waren die ersten, welche die Sklavenfrage in ihr religiöses Gebiet zogen, und dadurch zwei Parteien hervorriefen. Später die Baptisten und die Presbyterianer. Diese Trennung wurde aber mit einer solchen Leidenschaft behandelt, daß die Gegner der Sklaverei es für unzulässig hielten mit denen, welche darüber eine andere Meinung hatten, in einer und derselben Religions-Gesellschaft zu verharren. Mit dieser religiösen Spaltung allein war die Hoffnung als aufgegeben zu betrachten, eine politische Einigkeit auf die Dauer zu erhalten.

Ein anderer mächtiger Hebel für die Trennung war der Mißbrauch der Kanzel. Die Geistlichen des Nordens entblödeten sich nicht von den Kanzeln herab ihre politischen Ansichten, und zwar in fanatischer Weise zu verkünden.

Die Verfassung, welche die Sklaverei anerkannte, wurde als „ein Bündniß mit dem Teufel und ein Vertrag mit der Hölle“ dargestellt, und so die Berechtigung behauptet, die Verfassung, soweit sie die Sklaverei anerkannte, für unverbindlich anzusehen. Solche Lehren fanden um so größeren Eingang, als die frommen Zuhörer die von ihren Geistlichen ausgesprochenen Behauptungen mit geringerer Selbst-

prüfung als Wahrheit entgegennahmen, als wenn sie von anderen Lehrern gekommen wären, und so den Wunsch fanatischer Priester mit dem Worte Gottes verwechselten.

Auf die lernende Jugend aber waren solche fanatische Lehren um so nachhaltiger wirkend, als die so herangebildeten Volksvertreter und künftigen Mitglieder des Congresses der Vereinigten Staaten, jene Irrlehren mit der Muttermilch einsogen, und auf jenes unbegründete Fundament das Gebäude ihres politischen Glaubens aufführten, wodurch sie sich von früh auf daran gewöhnten, die Verletzung der Verfassung vermöge eines höhern Gesetzes (higher law) für zulässig zu halten.

Auch die ungerechten Schmähungen, welche in Wort und Schrift nur zu häufig gegen den Süden ausgesprochen wurden, trugen nicht wenig zum Bruche bei. Mit Unrecht wurde wiederholt behauptet, der Süden verletze die Gesetze in Betreff des Sklavenhandels, während es bekannt ist, daß sämmtliche Sklavenschiffe, die von Amerika aussegeln, entweder um zwischen Afrika und Cuba, oder zwischen Afrika und den Südstaaten Handel zu treiben, nördliche Schiffe mit nördlichen oder fremden Mannschaften und von Capitalisten des Nordens ausgerüstet waren, während die Schande der Vertragsverletzung dem Süden zugerechnet wurde.

Mit gleichem Unrecht wird die notorische Anmaßlichkeit und Grobheit, welche in dem politischen Verkehr zwischen den Vereinigten Staaten und anderen Ländern stets hervorgetreten ist, dem Süden zur Last gelegt. Und zwar aus dem hinfälligen Grunde, weil die bisherigen Präsidenten meist solche waren, für die der Süden gestimmt hatte. Fernerhin will der Süden sein Recht Europa gegenüber nicht mehr mit Ungeschliffenheit vertreten sehen, sondern mit derjenigen Höflichkeit, die in anderen Ländern, nur nicht im Norden Amerika's, Gebrauch ist.

Hierher gehören ferner die Verläumdungen des Südens durch den Norden. Es ist bekannt, daß freibeuterische Unternehmungen nicht selten von Amerikanern unternommen worden. Dies ist aber nur in sehr seltenen Fällen vom Süden, in der Regel vom Norden ausgegangen. Da dergleichen Unternehmungen am häufigsten die Insel Cuba zum Schauplatz ihrer Thätigkeit machten, so wurde vom Norden aus stets behauptet, die Unternehmungen müßten vom Süden ausgegangen sein, indem Cuba demselben näher liege, diese Insel auch, gleich wie der Süden, die Sklaverei gestatte, endlich auch das Interesse des Südens dafür spreche, indem Cuba, als Mitglied der Vereinigten Staaten, präsumtiv mit dem Süden stimmen würde. Die Unhaltbarkeit dieser Gründe ergiebt sich auf den ersten Blick in dem Umstande, daß die Erwerbung von Cuba für die Vereinigten Staaten diametral gegen das Interesse des Südens sein würde, indem diese Insel ihren Bedarf an Arbeitskräften, respective Sklaven, alsdann nach den Landesgesetzen nicht mehr von Afrika beziehen würde, sondern aus den südlichen Staaten entnehmen müßte, welche schon jetzt über Mangel an Arbeitskräften klagen. Der Erwerb von Cuba würde daher den Verlust der Arbeitskräfte für die Südländer zur unausbleiblichen Folge haben.

Einen ähnlichen Beitrag zur Beförderung des Bruches zwischen dem Süden und Norden lieferte sodann die Auswanderung aus Europa. Der größte Theil dieser Auswanderer, besonders seit dem Jahre 1848, bestand aus politischmißvergnügten, unvermögenden, häufig vor dem Gesetz flüchtigen, fanatischen und erbitterten Personen, welche in ihrer republikanischen Denkweise mit der Anschauung des Nordens in Uebereinstimmung standen, in den wohlhabenden Südländern ihre geborenen Gegner erblickten, der verfassungsmäßig berechtigten Sklaverei mit einer rein idealen Auffassung entgegen

traten, welche, nachdem der der Bevölkerung bedürftige Norden ihnen die Aufnahme durch billigen Landesverkauf erleichtert hatte, mit wahrer Leidenschaftlichkeit die Differenzen zwischen Süden und Norden benutzten, und das glimmende Feuer zur hellen Flamme des Unfriedens anfachen halfen.

Mit schreiendem Unrecht ist von dem Norden die Meinung verbreitet worden, die Wahl des Herrn Lincoln sei die ausschließliche Ursache der Trennung der Union. In frevelhafter Absicht hat der Norden diese Behauptungen aufgestellt, um den Süden in einem falschen, rebellischen Lichte zu zeigen. Wir sagen in frevelhafter Absicht, denn niemals ist dem Süden iu den Sinn gekommen, die Verfassungsmäßigkeit der Wahl Lincoln's zn bestreiten. Es ist daher unwahr, wenn der Norden verbreitet hat, der durch die früheren, in Uebereinstimmung mit seinen politischen Wünschen und der demokratischen Anschauung, erfolgten Wahlen früherer Präsidenten verwöhnte Süden habe den Gedanken nicht ertragen können, von einem Manne regiert zu werden, welcher einer anderen politischen Partei angehörte. Nein, nicht eine Verfassungswidrigkeit der Wahl Lincoln's, der allerdings nur durch eine relative Stimmenmehrheit, die im Verhältniß zur Anzahl der Urwähler eine Minorität war, erwählt worden, sondern andere Gründe führten die Lossagung von der Union herbei, und zwar die gegründete Besorgniß, daß die Ansichten der Lincoln'schen Partei, einer Partei, die entschieden feindselig gegen den Süden gestimmt war, sehr bald das Uebergewicht im Congreß erlangen, und im Verein mit dem neuen Präsidenten, ihrem Gesinnungsgenossen, die Rechte der Südstaaten verletzen würde; die gegründete Besorgniß, daß diese Partei sehr bald von Worten zu Thaten übergehen, und ihre verfassungswidrigen Reden in Ansehung der Sklaverei zur Ausführung bringen würde, wenn es zu spät gewesen wäre, an

ein Ausscheiden zu denken. Das Ausscheiden aus der Union hat der Süden seit langer Zeit schon für das letzte Mittel angesehen, um den Untergang der constitutionellen Freiheit und Gerechtigkeit in Amerika zu vermeiden. Als nun Lincoln gewählt war, sah der Süden, daß die lang gefürchtete Zeit gekommen, und daß es endlich nöthig war zu handeln, bevor die Freiheit auf immer verloren ging.

Welche Bedeutung aber in der That hatte die Wahl Lincoln's? Lincoln war der siegreiche Candidat einer durchaus nur einem Landestheile angehörigen Partei. Nie früher war etwas ähnliches geschehen. Ein Präsident gewählt gegen die unanime Stimme des Südens, und gewählt allein durch die Stimmen der Feinde des Südens!

Wären die von dem Süden geforderten nothwendigen Sicherheiten gewährt worden, und hätte der Norden hinreichendes Vertrauen geboten für die getreue Beobachtung der Verfassnng, wie es der Süden mit Recht verlangte, so würde sich der Süden mit der Wahl Lincoln's zufrieden gegeben haben, und ein Ausscheiden wäre vermieden worden.

Kann ein Unbefaugener noch daran zweifeln, daß nun die Zeit gekommen war, wo der Süden, allein dastehend, ohne irgend welche Sicherungen für die Aufrechthaltung der Verfassung, handeln mußte? Es konnten vielmehr die angeführten socialen und ökonomischen Ursachen, welche seit längerer Zeit ihren uachtheiligen Einfluß gegen den Bestand der Union geltend gemacht hatten, in Verein mit den politischen Ursachen nur die Ueberzeugung aufdrängen, daß die Zeit wirklich da war, wo die Freiheit, das Recht, die Wohlfahrt und die Ehre des Südens ihn zwingen mußten, diejenigen nur noch äußerlichen Bande aufzulösen, welche ihn bisher an eine Union gebunden hatten, die längst aufgehört hatte, im Geiste der Verfassung zu bestehen.

Drittes Kapitel.

Der Krieg.

I. Verfassungswidrigkeit desselben.

In der Verfassung der Vereinigten Staaten wird ausdrücklich erklärt, daß der Congreß allein das Recht haben soll, Krieg zu erklären und Friedensverträge zu schließen. Im Falle wo Insurrection oder Rebellion in einem Staate entsteht, verordnet die Verfassung, daß der Congreß die Befugniß haben soll, die Milizen einzuberufen, um den gesetzlichen Zustand wiederherzustellen[18]). Wir haben uns bemüht, zu beweisen, daß das Ausscheiden eines Staates (Secession) eine rechtmäßige Ausübung der Einzelnsouveränetät ist; dieselbe ist daher weder Widerstand gegen die Gesetze der Union, noch Insurrection. Daraus folgt, daß selbst der Congreß nicht, geschweige denn der Präsident, das Recht hatte, der Secession der Südstaaten mit bewaffneter Macht entgegenzutreten.

Wir erwähnen hierbei, daß in den Berathungen des Convents zu Philadelphia im Jahre 1787 der schon genannte Madison, in Betreff des Zwanges gegen einzelne Staaten, so weit ging, zu behaupten, daß ein jeglicher Zwang gegen einzelne Staaten zu widerrathen, vielmehr der Union nur das Recht zu vindiciren sei, den widerspenstigen Staat von der Union auszuschließen. Und es ist bekannt, daß in Folge dieser Darlegung Madison's nie wieder von einem Zwange der Union gegen Einzelstaaten die Rede gewesen ist.

Auch Ex-Präsident Buchanan hat, wie bekannt, nach Eintritt der Secession von Süd-Carolina in seiner Botschaft

---

[18]) Constitution. Art. I. Sect. 8.

an den Congreß vom 3. December 1860, erklärt, daß nach einer gründlichen Prüfung der Verfassung der Vereinigten Staaten, der Union kein Recht zustehe, der Secession eines Einzelnstaates zu widersprechen[19]).

II. Beginn des Krieges.

Das im Jahre 1860 erfolgte Ausscheiden des Staates Süd-Carolina wurde schon vorher als ein mögliches Ereigniß angesehen, aber nichtsdestoweniger war die Meinung des Volkes

---

[19]) Der Wortlaut der Botschaft Buchanan's an den Congreß vom 3. December 1860 ist folgender: „Die Frage ist kurz die: Hat die Verfassung dem Congreß die Macht übertragen, einen Staat, welcher versucht aus der Union auszuscheiden, oder ausgeschieden ist, mit Gewalt zu unterwerfen? Wird die Frage bejaht, so kann dieses Recht nur begründet werden auf dem Grundsatz, daß das Recht, einem Einzelnstaat den Krieg zu erklären, oder denselben zu bekriegen, dem Congreß übertragen sei. Nach langem und ernsthaftem Nachdenken bin ich zu dem Schlusse gelangt, daß keine dem ähnliche Ermächtigung, weder dem Congresse, noch irgend einem anderen Zweige der Föderal-Regierung delegirt sei.

Beim Durchlesen der Verfassung wird es klar, daß dieses Recht sich nicht aufgeführt findet unter den einzelnen aufgezählten, dem Congresse übertragenen Rechten. Weit davon entfernt, daß dieses Recht dem Congresse übertragen sei, ist es ihm vielmehr ausdrücklich versagt worden durch den Convent, welcher die Constitution verfaßt hat."

In derselben Botschaft an anderer Stelle heißt es: „Ohne in zu große Einzelheiten einzugehen, muß man bekennen, daß die Berechtigung, gegen den Einzelstaat den Krieg zu erklären, im Widerspruch stehe mit dem Geist und den Einrichtungen der Verfassung. Das Ganze ist, unsere Union beruht auf übereinstimmendem Willen, und kann nicht zusammengehalten werden durch das im Bürgerkriege vergossene Blut der Mitbürger. Kann sie nicht bestehen durch die Zuneigung des Volkes zu derselben, so muß sie einst untergehen. Der Congreß besitzt mehr als ein Mittel, sie zu erhalten, durch Versöhnung; nicht aber ist ihm das Schwert in die Hand gegeben, um sie durch Gewalt zu erhalten."

im Norden nicht genug darauf vorbereitet, um dieses Ereigniß mit dem ganzen Gewicht seiner Bedeutung zu würdigen. Der Süden hatte bereits bei verschiedenen früheren Gelegenheiten gedroht, die Ausübung seiner Souveränetät zurückzunehmen, und deswegen war der Norden, besonders Neu-England geneigt, die letztere Drohung wiederum nur für einen Schreckschuß zu halten.

Als der Convent Süd-Carolina's den Beschluß faßte, die Union zu verlassen, wurden Bevollmächtigte nach der Föderal-Regierung entsendet, um den bei der Lösung von der Union erforderlichen Erörterungen sich zu unterziehen und eine Einigung beider Theile über die gegenseitigen Interessen herbeizuführen. Gleichzeitig wurde die Föderal-Regierung aufgefordert, ihre Truppen aus den Festungen des Hafens von Charleston zurückzuziehen. Bekanntlich waren diese Festungen Föderal-Eigenthum, welches mit der Zustimmung Süd-Carolina's erworben worden war. Süd-Carolina bestritt dies nicht, verlangte aber, daß die Föderal-Regierung die Festungen gegen Entschädigung der für deren Anlegung aufgewandten Kosten räumen sollte, da Süd-Carolina für die Zukunft für seine eigene Vertheidigung sorgen würde, und in diesem Falle die Föderal-Regierung keine weiteren Ansprüche auf Beibehaltung dieser Festen erheben konnte. Es verstand sich von selbst auch, daß Süd-Carolina die Anwesenheit fremder Truppen innerhalb seiner Grenzen nicht zu dulden hatte.

Der Präsident Buchanan wollte den Charakter der Bevollmächtigten, als Vertreter eines fremden Staates, nicht anerkennen, und lehnte den Antrag ab.

Die Bevollmächtigten blieben jedoch in Washington zurück, gaben den Versuch, die Anerkennung ihrer Forderungen zu erwirken, nicht auf, beschränkten zu diesem Zwecke aber ihr Verlangen sogar, unter einstweiliger Verzichtleistung auf die

Räumung der Festungen dahin, daß sie nur das Versprechen verlangten, keine Truppen- oder anderen Verstärkungen dahin zu senden, wogegen Süd-Carolina sich verpflichtete, die Festungen bei Charleston nicht anzugreifen, vielmehr die kleine Besatzung dort zu dulden, als eine Anerkennung des Eigenthumsrechtes der Föderal-Regierung. Ein solches Versprechen wurde von Buchanan gegeben. Derselbe theilte dem Congresse das Geschehene in einer Botschaft am 8. Januar 1861 mit und rechtfertigte sein den Bevollmächtigten gegebenes Versprechen vor dem Congreß durch den Wunsch, Feindseligkeiten zu vermeiden, da Süd-Carolina erklärt habe, jeden Versuch, Truppenverstärkungen nach Charleston zu senden, oder den Status quo der Festungen zu ändern, als eine Kriegserklärung ansehen zu müssen. Der Präsident wollte einen blutigen Zusammenstoß um so mehr vermeiden, als er noch immer hoffte, durch Mäßigung die Union zu erhalten.

Als der Präsident Lincoln eingeführt wurde und vor versammeltem Congresse den Eid auf die Verfassung leistete, erkannte auch er die Bevollmächtigten als Vertreter eines unabhängigen Staates nicht an, veranlaßte aber seinen Minister des Auswärtigen, Herrn Seward, sich mit denselben in einen Notenwechsel einzulassen, in welchem das von Buchanan eingegangene Versprechen auch nicht zum kleinsten Theil widerrufen, mithin stillschweigend anerkannt wurde. Herr Seward war für eine friedliche Beilegung, und seinem Einflusse bei dem Präsidenten gemäß, Anfangs auch dieser. Dem Governor von Süd-Carolina, Pickens, aber verdanken wir die Auskunft über die Gründe, welche hierauf den Präsidenten Lincoln bewogen, nach Verlauf von mehreren Wochen, seine Politik plötzlich umzuändern. Nach dem Ausbruche des Krieges nämlich veröffentlichte Governor Pickens durch eine der Zeitungen Charleston's den Hergang der ganzen Angelegenheit folgender-

maßen: Der Präsident Lincoln habe versprochen Fort Sumter zu räumen, und demnächst beabsichtigt in einer republikanischen Zeitung die Gründe für sein friedliches Verfahren darzulegen. Der betreffende Artikel habe als Gründe dieses Verfahrens angegeben — die Unmöglichkeit die Besatzung von Fort Sumter zu verstärken, da der Eingang des Hafens von Charleston von den Truppen Süd-Carolina's besetzt war, den Wunsch ein Blutvergießen zu vermeiden und die Erbitterung zwischen dem Norden und dem Süden nicht zu vermehren, sowie dem von seinem Amtsvorgänger gegebenen Versprechen treu zu bleiben. Dieser Artikel sollte die öffentliche Meinung des Nordens, besonders Neu-Englands, für eine friedliche Ausgleichung gewinnen, indem er zeigen sollte, daß der Präsident Lincoln zu patriotisch sei, das Vaterland in einen Bürgerkrieg zu stürzen. Schon war der Artikel im Probedruck erschienen und mit der Zustimmung des Herrn Lincoln versehen, als plötzlich den Abend vor dem Tage, an welchem er erscheinen sollte, und der Befehl an den Major Anderson abgeschickt werden sollte, das Fort Sumter zu räumen, der Redacteur der erwähnten Zeitung den Befehl erhielt, den Artikel nicht zu veröffentlichen. Die Ursache dieser plötzlichen Umänderung war der Widerspruch der einflußvollsten Republikaner, welchem Lincoln nachgab. Eine Ministerialversammlung wurde berufen und der Beschluß gefaßt, sogleich Verstärkungen nach Fort Snmter zu senden.

Die Gründe, welche dem Präsidenten von diesen Republikanern angeführt wurden, waren: den Süden zu zwingen, den ersten Stoß zu geben, theils um das Gehässige des eigentlichen Friedensbruches demselben zur Last zu legen, theils um den nach ihrer Meinung nur allzu lau verfahrenden Norden durch Aufregung in eine kriegerische Stimmung zu versetzen und die Herstellung einer Armee zu erleichtern, wäh-

rend die republikanische Partei bei einer friedlichen Lösung der unausbleiblichen Vernichtung preisgegeben sein würde, wobei diese zartfühlende Partei es der Beachtung unwerth hielt, Major Anderson mit seiner Besatzung zu opfern. Denn kein verständiger Mensch konnte ernsthafte Hoffnung hegen, Verstärkungen nach Sumter zu bringen, da jedermann wußte, daß, wie erwähnt, die Erklärung allein, die Besatzung jener Feste verstärken zu wollen, einer Kriegserklärung gleich erachtet werden, und daher ein sofortiges Bombardement des Fort Sumter veranlassen würde.

Dem ursprünglichen Programm des Präsidenten Lincoln gemäß, war den Bevollmächtigten Süd-Carolina's bereits zugesichert worden, Verstärkungen nicht nach Fort Sumter zu entsenden, als, wie angeführt, der Präsident plötzlich seine Politik änderte und Süd-Carolina hierin, der von ihm vorher ausgesprochenen Erklärung gemäß, einen Friedensbruch erkannte.

Diese beispiellose Unzuverlässigkeit bestärkte die übrigen Südstaaten in ihrem Mißtrauen gegen Lincoln und seine Partei, sie zeigte ihnen deutlich im Voraus, wessen sie sich von dem republikanischen Präsidenten zu gewärtigen hatten, und so war nichts natürlicher, als das alsbald nachfolgende Ausscheiden der andern Südstaaten.

Man muß das Verfahren Lincoln's als ein reines Partei-Manöver ansehen, wodurch er hoffte ein dauerndes Uebergewicht für seine Partei zu gewinnen. Ganz richtig hat Lincoln auch berechnet, daß bei der zu erwartenden Aufregung, wenige Personen im Norden sich darum bekümmern würden, die Verfassungswidrigkeit seiner Handlungsweise zu prüfen, und daß selbst solche Wenige, die etwa auf eine Prüfung eingehen wollten, kraftlos sein würden, gegen den Pöbel, welcher seinem Verfahren Beifall klatschen würde.

Bekannt ist es, wie diese Berechnung Lincoln's gelungen ist, wie Fort Sumter bombardirt und nachher geräumt wurde, wie das Geschrei nach Rache durch das ganze Land lief, indem der Präsident das Bombardement Fort Sumter's für Hochverrath erklärte, während es in der That nur das Beginnen der zum eigenen Schutz nothwendigen Feindseligkeiten nach einer vom Norden ausgegangenen Kriegserklärung war.

Der nächste officielle Act dieses neuen Präsidenten, der erst vor wenigen Wochen den Eid der Treue gegen die Verfassung geleistet hatte, war eine klare Verletzung auch dieses Eides in dem Umstande, daß er unbefugt, und in unmittelbarem Widerspruch mit der Verfassung selbst, eine Armee von fünfundsiebzig Tausend Mann unter die Fahnen rief, um gegen die Freiheit und Rechte der Südstaaten Krieg zu führen.

Diese mit einem Eides- und Verfassungsbruche beginnende Regierung hat sich demnächst durch eine Reihe von Verfassungsbrüchen vermehrt, welche eben so, wie sein erster Verfassungsbruch den Präsidenten Lincoln als einen Mann charakterisiren, der es zu einer Art gewerbsmäßiger Vollkommenheit gebracht hat, fast sämmtliche verfassungsmäßigen Rechte der bisherigen freien Amerikaner durch despotische Gewalt zu vernichten.

III. Charakter des Krieges, seitens des Nordens als Mittel zur Erwerbung, resp. Festhaltung einer größern Macht, seitens des Südens als Sicherung der Unabhängigkeit und Freiheit.

Das bisherige Gebiet der Vereinigten Staaten besteht aus zwei wesentlich verschiedenen Theilen, wovon der eine die vierunddreißig Staaten, der andere die Territorien ausmacht. Die Territorien enthalten nur eine wenig zahlreiche Bevölkerung, denn ihre Lage, meistentheils weit im Innern und

ohne alle unmittelbare Verbindung mit dem Meere, ist einer Ansiedeluug ungünstig.

Von den vierunddreißig Staaten sind funfzehn Südstaaten oder s. g. Sklavenstaaten, die ein Gebiet einschließen, welches eben so groß als das sämmtlicher neunzehn übrigen Staaten ist, ein Gebiet, welches für den Ackerbau viel werthvoller ist, als das der Nordstaaten, während zu gleicher Zeit es einen Schatz von Minerallagern besitzt.

Dreizehn dieser Südstaaten sind bereits formell aus der Union ausgeschieden, ein anderer, Maryland, ist nur durch die Anwesenheit einer Unions-Armee an den laut gewünschten Abfall gehindert, während der kleinste, Delaware, noch bei der Union verblieben ist.

Die aus der Union schon ausgeschiedenen Südstaaten beherrschen den Mississippi-Fluß, der sämmtliche Ströme des Nordwestens in sich aufnimmt, und dessen Mündungen. Derselbe bildet die natürliche Handelsstraße für den Nordwesten, und gewährt den einzigen vortheilhaften Weg, über welchen die Handelsproducte nach dem Auslande verschickt werden können. Der Nordwesten würde ohne diese Handelsstraße fast gänzlich von dem europäischen Geschäftsverkehr ausgeschlossen sein. Der dringende Vortheil des Nordens ist dadurch bedingt, den Nordwesten, den reichsten Theil seines Gebietes, nicht von der See ausgeschlossen zü sehen. Der begonnene Krieg gewährt ihm daher das alleinige Mittel, einen solchen unschätzbaren Schaden von sich abzuwenden.

Die freie Bevölkerung der Vereinigten Staaten betrug im Jahre 1860: 27,477,090 Seelen, die der Südstaaten allein 8,352,385, zu welcher Summe 3,952,738 Sklaven hinzutreten. Der Norden ohne die Südstaaten würde hiernach eine Bevölkerung von 19,124,705 Bewohnern haben. Er führt daher den Krieg, um eine mächtigere Nation zu bleiben, in

welcher er durch sein Uebergewicht das Ganze zu beherrschen gedenkt.

Wenn zu der freien Bevölkerung des Südens die Sklaven hinzugerechnet werden, so ergiebt sich eine Seelenzahl von 12,305,123. Da aber der Süden von jeher der Hauptmarkt für die Fabrikationen des Nordens, insbesondere für Gegenstände gröberer Qualität, gewesen ist, so führt der Norden den Krieg, um sich 12½ Millionen Abnehmer für seine Erzeugnisse zu erhalten.

Der Süden, wie früher erwähnt, trägt verhältnißmäßig mehr als der Norden zur Unterstützung der Föderal-Finanzen bei. Der Norden führt den Krieg, um diese größere Macht sich unvermindert zu erhalten.

Wenn es dem Süden gelingt, seine Trennung von der Union zu behaupten, so muß der Norden sich gefallen lassen, daß der Handel, welcher bisher über die nördlichen Städte gegangen ist, alsdann unmittelbar zwischen Europa und südlichen Häfen geführt werde. Zugleich wird der Norden einen ungeheuern Schaden für seine Schifffahrt erleiden, insbesondere sein diesfalsiges Monopol an der atlantischen Küste verlieren. Dies will der Norden durch den Krieg verhindern.

Eine sichere Folge des Sieges der Südstaaten würden weitere Staaten-Ausscheidungen sein.

Zunächst würde unfehlbar aus schon angeführten Gründen der Nordwesten ausscheiden, welcher nur in Gemeinschaft oder im Bündniß mit dem Staate vortheilhaft bestehen könnte, welcher die Mississippi-Mündungen beherrscht. Er würde mächtig genug sein, eine solche Trennung gegen den Norden durchzuführen und sich den Süd-Conföderirten anschließen, oder als ein selbstständiger Staat sich mit dem Süden in ein Bündniß einigen.

Auch dürfte es nicht ausbleiben, daß demnächst der Nord-

westen es ablehnen wird, seinen Kostenbeitrag zu dem gegenwärtigen gegen den Süden geführten Kriege zu zahlen, dessen Verfassungswidrigkeit ihm mit der Zeit einleuchten wird.

Am stillen Meere wird sich demnächst gleichfalls eine Conföderation bilden, indem Californien, Oregon und die dort liegenden Territorien durch ihre geographische Lage und ihre gemeinschaftliche Trennung von den übrigen Staaten durch das Felsengebirge, naturgemäß auf eine solche Vereinigung angewiesen sind. Ja wir wagen die Behauptung, daß sich schließlich alle Staaten bis auf Neu-England, den eigentlichen und hauptsächlichen Friedensstörer, von der Union lossagen werden. Und weil eben Neu-England ein solches fürchtet, ist es von Anfang an eifrig bemüht gewesen, dem Kriege das Wort zu reden.

Es ist also Nichts natürlicher, als daß der Norden sich bis aufs Aeußerste bemühen wird, die Union zu erhalten, da ihm durch dieselbe so große Macht und so viele Quellen des Reichthums gesichert werden.

Nachdem wir den Charakter des Krieges seitens des Nordens beleuchtet haben, stellt sich derselbe für den Süden als eine Sicherstellung seiner Unabhängigkeit und Freiheit dar.

Schon oben ist angedeutet, in wie vielfacher Beziehung der Norden gegen den Süden in der Union bevorzugt war, und wie nach der Wahl eines republikanischen Präsidenten die Besorgniß im Süden ihren Höhepunkt erreichte, daß der letztere zu Gunsten des ersteren werde ausgebeutet werden, und wie diese Besorgniß beim Hervortreten des Conflicts die Gemüther der Südländer bewegte, welche in aller Weise dennoch bemüht waren, eine gütliche Beilegung des Zwistes herbeizuführen. Der Erfolg aber hat auf das Evidenteste bewiesen, wie gegründet diese Besorgnisse waren, und mit welchem Recht man im Süden fürchtete, die verfassungs-

mäßige Freiheit und die Rechte desselben würden durch ein republikanisches Regiment gefährdet werden. Es ist ja bekannt, daß die Preßfreiheit, welche früher allgemein als ein Schutz des Volkes gegen Tyrannei angesehen wurde, jetzt im Norden mit Füßen getreten wird; es ist bekannt, daß mehr als achtzig der anständigsten und einflußvollsten Zeitungen des Nordens unterdrückt worden, weil sie wagten, Frieden und Mäßigung zu rathen; daß der Präsident Lincoln das Privilegium des Writ of habeas corpus, zu einer Zeit, wo dasselbe nicht rite suspendirt war, willkürlich verletzt hat; daß einer der Richter des Circuit Court des Districts von Columbien als Gefangener in seinem Hause verhaftet und von Soldaten bewacht wurde, weil derselbe gewagt hatte, furchtlos seine Pflicht in Gemäßheit des Gesetzes auszuüben; daß Männer und Frauen verhaftet und auf bloßen Verdacht ins Gefängniß geschleppt worden, obgleich die Verfassung verordnet, Niemand dürfe seiner Freiheit ohne die Beobachtung des vorgeschriebenen Rechtsverfahrens beraubt werden; daß der Präsident die Legislatur eines Staates, Maryland, welchen er für verfassungstreu erklärte, verhaftet und auseinander gejagt hat, während dieselbe sich gesetzmäßig versammeln wollte; daß in diesem Staate auch bei den Wahlen eine bewaffnete Macht die Stimmung des Volkes unterdrückt hat, durch die Drohung alle diejenigen zu verhaften, die gegen die Candidaten Lincoln's zu stimmen wagen sollten; gleichzeitig auch militärische Wachen an den Wahlorten beauftragt waren, jener Drohung Nachdruck zu geben. Mit einem Worte, der Süden hat den vollständigen Untergang verfassungsmäßiger Freiheit im Norden erlebt, und willkürlichen Despotismus und Tyrannei an deren Stelle treten sehen.

Angesichts dieser Thatsachen führt der Süden den Krieg für die Ordnung, und für seine verfassungsmäßige

Freiheit und Unabhängigkeit. Die Völker der Südstaaten sind entschlossen, unabhängig zu bleiben, uud von der Gerechtigkeit ihrer Sache überzeugt, sind sie vereinigt, wie ein Manu, nnd entschlossen, eher unterzugehen mit Weib und Kind, als sich der tyrannischen Regierung des Nordens zu unterwerfen.

Vermag irgend etwas ein Volk zu veranlassen, sich mit Vertrauen und voller Hingebung zu schlagen, so ist dies das Bewußtsein, daß es für seine Freiheit, seinen Heerd und seine Ehre kämpft. Dieses Bewußtsein durchdringt das Volk des Südens, und seine Einmüthigkeit und Entschlossenheit thun dasselbe kund.

IV. Widersprüche in den Angaben hinsichtlich der Motive des Krieges.

Der Norden führt den Krieg gegen den Süden in der That nicht, um die Sklaverei dort abzuschaffen. Dies ergiebt sich aus allen Organen der nördlichen Presse, mit alleiniger Ansnahme der Blätter, welche wie notorisch einen fanatischen Standpunkt einnehmen, und in einer idealen Richtung gegen das Institut der Sklaverei wüthen, theils um die unterste Volksmenge aufzuregen und mittelst derselben die Regierung zu beeinflussen, theils um die Aufmerksamkeit von dem Fehlen einer eigentlichen gegründeten Veranlassung zum Kriege abzulenken.

Ja der Norden wünscht überhaupt nicht einmal die Abschaffung der Sklaverei in allen Südstaaten, sondern nur in den nördlicher gelegenen, wie Delaware, Maryland, Virginien, Nord-Carolina, Tennessee, Kentucky und Missouri. Auch dort nur um seinen weißen Arbeitern höhere Löhne zu verschaffen. Denn die plötzlich zur Freiheit gelangten Schwarzen des

Südens, die in ihrer ungewohnten Freiheit erfahrungsmäßig dem Unfleiß sich hingeben dürften, würden bald durch jene verdrängt werden.

Der Norden aber will die Ansiedelung der Schwarzen in seinen Staaten nicht dulden, wie aus positiven Bestimmungen seiner Specialgesetze hervorgeht, und wie sich aus der jüngsten Botschaft des Präsidenten Lincoln ergiebt, welcher dem Congresse vorschlägt, ein Gebiet zu erwerben, in welchem die während des jetzigen Krieges frei werdenden Sklaven sich niederlassen dürfen. Mit einem Worte, die Abschaffung der Sklaverei bedeutet im Norden Amerika's Nichts weiter — als größerer Raum und freieres Feld für den weißen Arbeiter. Nicht Menschenliebe ist die Triebfeder seines Handelns, wie dies so prahlerisch nach Europa hin ausposaunt wird, sondern das eigene Interesse; die nordische Menschenliebe ist so gering, daß dort kein weißer Arbeiter neben einem freien Schwarzen in Arbeit treten würde.

Das Interesse des Nordens selbst spricht auch gegen die Abschaffung der Sklaverei in den südlicheren der Südstaaten, denn in dem dortigen für Weiße ungesunden Klima würde der Baumwollenbau untergehen, und die Fabriken des Nordens eingehen, sobald der Baumwollenbau von der Arbeitslust der frei gewordenen Schwarzen abhängig gemacht würde. Davon abgesehen ist es nur die äußerste Abolitions- oder republikanische Partei, welche das Institut der Sklaverei im Süden beseitigen will, denn die nördliche demokratische Partei hat die Rechte des Südens immer beobachtet.

Wiederholt hat die Regierung zu Washington, und deren Autorität wird von Niemand bezweifelt werden, erklärt, daß sie weder die Absicht noch den Wunsch habe, dem Institut der Sklaverei entgegenzutreten. Die häufig wiederholten Betheuerungen Lincoln's, daß er den Krieg führe, nur um die

Verfassung (und damit verbunden die Sklaverei) aufrecht zu erhalten, lassen ebensowenig Zweifel übrig. Dies bestätigt ein kürzlich ergangener Befehl Lincoln's an den General Fremont, damals Commandant der Unionstruppen in Missouri, wodurch die vom letzteren erlassene Proclamation insoweit nicht genehmigt wurde, als Fremont die Sklaven aller rebellischen Herren für frei erklärt hatte.

Im Laufe des letzteu Sommers, also schon während des Krieges, beschloß der Congreß, es sollten diejenigen Sklaven frei sein, welche zu militärischen Arbeiten verwendet würden; er wagte aber nicht, alle Sklaven freizusprechen, selbst dann nicht, wenn deren Herren Dienste bei der rebellischen Armee thaten. Man muß also annehmen, daß Lincoln die Sklaverei im Allgemeineu nicht antasten wolle.

Wie falsch und heuchlerisch ist es nun seitens der Regierung zu Washington, wenn sie sich bemüht, den Gedauken in Europa zu verbreiten, der Zweck des gegenwärtigen Krieges sei die Vernichtung der verwünschten Sklaverei! Die Absicht dabei ist nur die, die Sympathie und die moralische Unterstützung Europa's zu gewinnen, welche auf eiue andere Weise zu erwerben, es ihm an all' und jedem Grunde gebrechen würde.

Das Kriegsgeschrei der Föderal-Regierung ist vom Anfang an die Union gewesen. Was bedeutet der Ausdruck, „der Krieg wird für die Erhaltung der Union geführt?" Der Gedanke, daß der Norden sich für die Union schlägt aus einer angeborenen innigen Liebe für dieselbe, ist ohne reelle Bedeutung.

Senator Douglas sagte in seiner Rede vor dem Senat der Vereinigten Staaten am 3. Januar vorigen Jahres: „Ein Krieg zwischen achtzehn Staaten auf der einen Seite, und fünfzehn auf der anderen, ist eine meiner Ueberzeugung widerstrebende Sache. Für welchen Zweck wird der Krieg geführt?

Gewiß nicht um die Union zu erhalten. Sie können nicht erwarten, zehn Millionen Menschen, deren Leidenschaften aufgeregt sind, durch die Besorgniß, daß Sie in ihre Heimath eindringen, und in ihrer Mitte das Feuer des Aufstandes anzünden wollen, zu vernichten. Sie müssen daran denken sie zu vernichten, oder zu unterwerfen, oder sonst, wenn Sie durch den Krieg ermüdet sein werden, einen Vertrag mit ihnen zu schließen. Gleich ist es, ob der Krieg ein Jahr dauert, oder sieben Jahre, oder dreißig Jahre, er muß ein Ende haben. Früher oder später werden beide Parteien ermüdet und erschöpft sein, und, wenn sie unfähig geworden sich länger zu schlagen, so werden sie einen Friedensvertrag schließen, und dieser Vertrag wird einer für die Trennung sein" u. s. w. „Ich verstehe dann nicht, wie ein Mann behaupten kann, daß er ein Freund der Union, und doch dafür eingenommen sein will, gegen zehn Millionen Menschen in der Union den Krieg zu führen. Sie können es unter dem Vorwande der Liebe für die Union nicht länger verschleiern" u. s. w. „Wenn aber eine tief eingewurzelte Unzufriedenheit zehn Millionen Menschen ergriffen hat, welche jeden Mann, jedes Weib und jedes Kind durchdringt, und alles, was ihnen theuer ist, in sich faßt, so ist es Zeit zu fragen, ob nicht eine Ursache für dieses Gefühl vorhanden ist" u. s. w.

Wenn der Ausdruck, Krieg für die Union, irgend welche Bedeutung hat, so muß er heißen, ein Krieg für die Erhaltung des Gebietes und der Macht der Vereinigten Staaten. Ein Krieg aber zu diesem Zweck ist, wie früher bewiesen, ungerecht und verfassungswidrig, indem er das Grundprincip der Union, die Einzelnsouveränetät verletzt. Es muß daher ein Eroberungskrieg sein, der gegen den Süden geführt wird, ein Krieg, welcher revolutionär ist, indem er die Umstürzung bestehender Rechte durch Gewalt



bezweckt. Der Süden beweist, dadurch, daß er gegen den revolutionären Gedanken kämpft, daß er wahrhaft conservativ sei.

Der Wahrspruch Europa's über diesen Krieg wird daher, wir bezweifeln es nicht, sein, Machtvergrößerung und Eroberung seitens des Nordens, Schutz der Unabhängigkeit und des eigenen Heerdes seitens des Südens.

Viertes Kapitel.

Die Fähigkeit beider Theile zur Führung dieses Krieges.

I. Hülfsquellen an Mannschaften.

Der Norden hat nach dem Ausbruche des Krieges den befreundeten Mächten die Mahnung zugehen lassen, die Südstaaten nicht anzuerkennen, da der Aufstand binnen wenigen Wochen gänzlich unterdrückt sein würde, und es hat in diesem Sinne die dortige Regierung verschiedene beruhigende Proclamationen an die dortige Bevölkerung erlassen, da ihr viel größere Hülfsquellen an Mannschaften und Mitteln zu Gebote ständen.

Hat der Norden dieses, sein Europa gegebenes Versprechen zu erfüllen vermocht? Durchaus nicht. Im Gegentheil die Position des Nordens ist vom Tag zu Tage schlechter geworden. Denn die Unterdrückung eines Aufstandes muß in dem aufständischen Gebiete geschehen; dies Gebiet aber hat die nördliche Armee bis jetzt kaum betreten. Vermag nun der kühne Unterdrücker des Aufstandes nicht einmal in das Gebiet

einzufallen, wo der hochverrätherische Aufstand wüthet, so erscheint das oben angedeutete Versprechen als eine reine Prahlerei; die täglich sich erweisende Unfähigkeit, das Versprechen auszuführen, gewährt dem Gegner die Zeit sich zu rüsten, zu verstärken, und Vertheidigungswerke aufzuführen, und mit zum Widerstande ausreichenden Mitteln dazustehen, wenn wirklich die Stunde schlagen sollte, in der der Versuch zur Unterdrückung gemacht würde.

Das Resultat der nun bereits achtmonatlichen Kriegsführung beweist aber die Unfähigkeit des Nordens, seine Drohung auszuführen. Der Süden hat die Nordarmee, eine ungeheure Linie entlang, von Missouri bis Virginien, angehalten, und hat bei jedem Versuche des Feindes in das südliche Gebiet einzudringen, denselben zurückgeschlagen. Jetzt sogar haben die Föderaltruppen, sich nach St. Louis zurückziehend, den ganzen Staat Missouri, mit Ausnahme dieser Stadt geräumt und der Südarmee überlassen; dieselben weichen gegenwärtig auch vor dem vorschreitenden Heere der Conföderirten in Kentucky; sie sind nach langen vergeblichen Versuchen, etwas Erhebliches in West-Virginien zu erreichen, genöthigt worden, nach der äußersten nordwestlichen Ecke dieses Staates zurückzugehen, um dort Winterquartiere bei Wheeling zu beziehen; und sind nach zwei riesigen Versuchen in Ost-Virginien einzudringen, beide Male total geschlagen worden, bei Bull's Run und Ball's Bluff. Es hat dagegen während der ganzen acht Monate, der Süden den Feind von jedem Theile seines Gebietes, der früher besetzt war, mit Ausnahme einiger starken Festungen, welche vor der Secession schon mit einer ausreichenden Besatzung der Unionstruppen versehen waren, vertrieben, und jeden Versuch des Feindes in den Süden einzudringen zurückgeschlagen. Mit welchem Erfolge der Süden dem Norden Widerstand geleistet

hat, bezeugen die Siege bei Great Bethel, Bull's Run, Springfield, Lexington, Ball's Bluff und Belmont.

Was hat der Norden aber inzwischen gewonnen? Außer Hatteras und Port Royal Nichts. Der erste Punkt ist nur eine Sandbank, welche für den Norden ohne Bedeutung ist, da dieser Punkt während des Winters, wegen der Hochfluthen, nicht besetzt bleiben kann, und da er nur bei dem gleichzeitigen Besitz der übrigen Eingangs-Punkte für Schiffe an der nordcarolinischen Küste, mit diesem Punkte zugleich den Zugang feindlicher Schiffe abzuschneiden die Macht bieten würde.

Port Royal ist der Eingang des Hafens von Beaufort, und hat den wenig bedeutenden Werth für den Norden, die von demselben proclamirte Blockade an diesem Punkte ausnahmsweise zur Wahrheit werden zu lassen. Der Besitz von solchen vereinzelten Punkten der südlichen Küste gewährt dem Norden keinen erheblichen Vortheil, wofern er nicht von dort aus in das Innere vordringen kann. Leider aber kann die nördliche Flotte nicht auf dem Lande segeln, und mit größeren Heeren hat er vergeblich bis jetzt versucht, gegen südliche Truppen etwas zu gewinnen, obgleich in allen Fällen, wo es auf diesen Versuch ankam, die begleitenden Umstände bei weitem günstiger für den Norden gestaltet waren.

Denselben Widerstand und denselben Erfolg darf er erwarten, wenn er es unternehmen sollte, von Punkten der Küste in das Innere des Landes vorzudringen.

Beim Beginn des Krieges wurde von der Lincoln'schen Regierung die Erklärung abgegeben, bis 1. December 1861 würde die Armee von Richmond, Charleston, Mobile, New-Orleans und Nashville Besitz genommen haben. Jedermann weiß aber, daß keiner dieser Orte genommen ist.

Woher nun diese Ueberschätzung seiner Mittel? Wir

können nur antworten, daß obgleich der Norden sehr reich, und bevölkerter als der Süden ist, dieser doch auch nicht ganz arm zu nennen, und daß verschiedene Umstände zusammentreffen, um einen großen Theil der Bevölkerung des Nordens für den Waffendienst unbrauchbar zu machen.

In Betreff der Bevölkerung führen wir folgende Statistik aus dem Census vom Jahre 1860 an, welcher am 13. Mai 1861 von dem Department of State zu Washington veröffentlicht worden ist. Die Gesammt-Bevölkerung der Südstaaten, Delaware ausgenommen, stellt sich dar, wie folgt:

Alabama	529,164	Freie	u.	435,132	Sklaven
Arkansas	324,323	=	=	111,104	=
Florida	78,686	=	=	61,753	=
Georgien	595,079	=	=	462,230	=
Kentucky	930,223	=	=	225,490	=
Louisiana	376,913	=	=	332,520	=
Maryland	599,846	=	=	87,188	=
Mississippi	354,699	=	=	436,696	=
Missouri	1,058,352	=	=	114,965	=
Nord-Carolina ...	661,586	=	=	331,081	=
Süd-Carolina ...	301,271	=	=	402,541	=
Tennessee	834,063	=	=	275,784	=
Texas	420,651	=	=	180,388	=
Virginien	1,105,196	=	=	490,887	=
District v. Columbien	71,895	=	=	3,181	=
Summa	8,241,965	Freie	u.	3,950,940	Sklaven

Hierzu kommt das demselben zuzurechnende Territorium von Neu-Mexico, dessen ganze freie Bevölkerung beträgt:

93,517 Seelen, welche

mit den freien Südländern 8,241,965

zusammen 8,335,482 ausmachen.

Zieht man von der Gesammtbevölkerung der früheren Vereinigten Staaten, exclusive der Sklaven, im Betrage von 27,477,090

jene Summe ab 8,335,482

so verbleibt für die der Union anhängig gebliebenen zwanzig Staaten und Territorien eine Zahl von . . . . 19,141,608.

Es sind diese beiden Zahlen von resp. 8,335,482 und 19,141,608 zwar nicht genau als die richtigen anzunehmen, da es feststeht, daß in einzelnen der aus der Union geschiedenen Südstaaten sich eine Anzahl Einwohner befindet, welche dem Norden sich zugewandt, und demselben ein Truppen-Contingent gestellt haben, sowie es umgekehrt innerhalb der Nordstaaten eine erhebliche Anzahl Solcher giebt, welche dem Süden anhängen, und welche dies dadurch zu erkennen gegeben haben, daß sie hartnäckig verweigert haben, ein Truppen-Contingent für die Nordarmee zu stellen. Diese, wenn wir sie so nennen dürfen, Mißvergnügten bei beiden Parteien, gleichen sich aber nicht nur unter einander aus, sondern sind, wie es zuverlässig angenommen werden darf, in bei Weitem größerer Zahl im Norden vorhanden, wie schon aus dem Zahlenverhältniß 19,141,608 gegen 8,335,482 folgt, und auch daraus ersichtlich wird, daß die Gesammtzahl der südlichen Mißvergnügten, welche der Nordarmee beigetreten, sich nach der eigenen Angabe des Herrn Lincoln auf nur 40,000 beläuft, während aus einem großen Theile von Illinois und aus einem kleinen Theile von Indiana, Californien nnd Delaware, welche eine freie Bevölkerung von ungefähr 1,000,000 Seelen in sich schließen, nicht ein einziger Mann zu den Truppen der Nordarmee entsendet ist. Wenn man nun annimmt, daß von jenen beiden Summen, der resp. 19,141,608 und 8,335,482 Seelen, nur ein verhältnißmäßiger Bruchtheil

zu der waffen= resp. arbeitsfähigen Bevölkerung gerechnet werden kann, so verschwindet der anscheinend große Unterschied zwischen der dem Norden und dem Süden zur Disposition stehenden Mannschaft, sobald man in Betracht zieht, daß die ganze Summe der Arbeit des Nordens (welche, um nicht an dem unerläßlich Nöthigen Mangel zu leiden, geleistet werden muß) von der arbeitsfähigen resp. waffenfähigen Bevölkerung in Abzug zu bringen, während im Süden auch nicht ein Mann abzuziehen ist, weil daselbst nicht nur die unerläßliche nöthige, sondern alle Arbeit von der unfreien Bevölkerung geleistet wird, die notorisch in der Arbeitsfähigkeit der nordischen beträchtlich überlegen ist, indem, wie allgemein bekannt, ein Schwarzer für den Landbau bedeutend arbeitsfähiger als ein besoldeter weißer Arbeiter ist, ja selbst eine Schwarze in der Regel in der Arbeitskraft einem männlichen freien Arbeiter gleichkommt, nicht zu gedenken der von den schwarzen Kindern geleisteten minder schweren Arbeiten, wogegen die Kinder der Weißen dem Schulzwange unterworfen sind.

Hieraus erklärt sich, unsere Anführungen bestätigend, daß der Norden eine größere numerische Macht als der Süden nicht hat in das Feld stellen können, und hieraus wird klar, daß die nordische Armee bisher nicht nur nicht im Stande gewesen ist, den sogenannten Aufstand des Südens zu unterdrücken, sondern überall, wo er es gewagt hat, mit seiner Armee gegen den Süden vorzurücken, von diesem total geschlagen worden ist.

II. Die Seemacht.

Es ist nicht zu leugnen, daß der Norden eine große Ueberlegenheit über den Süden in seiner Seemacht besitzt. Mit wenigen Ausnahmen ist die ganze Marine der Vereinigten

Staaten dem Norden verblieben; aber die Wirksamkeit derselben ist, trotz der jüngsten großen Vermehrung der Schiffe, dennoch wiederum bedeutend verringert worden, da ungefähr die Hälfte der See-Officiere der alten Marine Südländer wareu, welche bei dem Ausscheiden der Südstaaten den früheren Dienst verlassen und sich für den Süden an dem Kriege betheiligt haben.

Es ist uicht schwer einzusehen, daß mit einer Seemacht, wie die des Nordens, in gewöhnlichen Fällen einer feindlichen Macht, welche eine gleich starke Mariue nicht besitzt, bedeutender Schaden zugefügt werden könnte. Ein solcher Nachtheil kann aber im vorliegenden Falle für den Süden nicht eintreten, weil dieser keine bedeutende Handelsflotte besitzt, die von der nordischen Flotte vernichtet werden könnte. Ferner ist es dnrchaus nnmöglich für die Föderal-Regierung, eine wirksame Blockade an der ganzen südlichen Küste dnrch irgend welche Flotte auszuführen, weil die südliche Küste eine Ausdehnung vou ungefähr 2400 Meilen hat, welche durch eine große Zahl von Baieu und Buchten, die nur für Schiffe leichter Ladungsfähigkeit zu benutzen sind, zu viele Eingangspunkte hat, als daß alle Verbindung mit dem Auslande abgeschnitten werden köunte, selbst wenn die blockirende Flotte noch einmal so stark wäre, als sie ist.

Nach dem gegenwärtigen Völkerrecht erheischt anßerdem eine rechtmäßige Blockade, daß sie vollständig nnd wirksam sei; es scheint also nur als eine reine Nachsicht seitens der europäischen Mächte, daß dieselben die von dem Norden proclamirte Blockade der ganzen Südküste überhaupt anerkannt und so lange geduldet und beobachtet haben.

In der That hat eine Blockade der südlichen Küste im eigentlichen Sinne des Wortes niemals existirt, denn obgleich hier und da ein Kriegsschiff sich vor den Haupthäfen des

Südens gezeigt hat, so hat dies nur die Wirkung gehabt, den Seehandel zu gefährden, nicht aber ihn zu verhinderu. Der Eingang für Schiffe ist in keiner Weise gänzlich abgeschnitten worden. Dies bestätigt sich durch die Thatsache, daß von der Zeit des Eintretens der sogenannten Blockade an, bis zum folgenden November mehr als fünfhundert Schiffe die Blockade gebrochen haben. Die Regierung der Conföderirten zu Richmond hat vor Kurzem Beweise dafür nach Europa geschickt. Dagegen scheint die geringe Zahl der von der blockirenden Flotte gemachten Prisen gering im Vergleich mit der Zahl der Fälle, in denen die sogenannte Blockade gebrochen worden ist.

Wenn es auf der anderen Seite wahr ist, daß der Norden durch eine Zusammenziehung seiner Kriegsschiffe die Landung seiner Truppen bei gewissen Orten zu erwirken vermag, so ist es nicht weniger wahr, daß eine solche Landung nur bei Hatteras und Port Royal versucht worden. Diese Landungen sind jedoch von untergeordneter Bedeutung, wie wir schon oben näher erwähnt haben. Die wichtigsten Punkte der Südküste sind hinreichend befestigt, um jeden Angriff zurückzuwerfen. Außerdem ist es schon erörtert worden, daß die Besitznahme solcher vereinzelten Punkte an der Südküste von der Nordflotte nichts Anderes bedeutet, als die Blockade an diesen Orten wirksam zu machen, da das weitere Vordringen der nordischen Landtruppen von Südtruppen bis jetzt noch immer, in vielen Fällen unter dem Schutze starker Erdwerke, unmöglich gemacht worden ist.

Der Süden besitzt keine Seemacht, außer kleinen Schiffen und einigen Kanonenbooten, welche die Häfen zu bewachen bestimmt sind. Er hat nichtsdestoweniger eine Anzahl von Kaperschiffen ausgerüstet, welche, während sie dem Seehandel des Nordens einen großen Schaden zufügen, zugleich

dazu dienen, die Aufmerksamkeit der blockirenden Flotte zu fesseln und unterdessen die Landung von Handelsfahrzeugen an der südlichen Küste zu ermöglichen. Das südliche Kaperschiff Sumter ist durch seine zahlreichen Prisen bekannt, und Jedermann weiß, daß mehrere Kriegsschiffe des Nordens vergebens versucht haben, dasselbe zu nehmen. Auch ist die erst kürzlich erfolgte Verbrennung des nördlichen Schiffes, Harvey Birch, noch in so frischem Gedächtniß, daß wir uns enthalten können, darauf näher zurückzukommen.

Jedenfalls ist durch die südlichen Kaperschiffe Eines erreicht worden, nämlich die Unsicherheit des Seehandels für den Norden, was denn auch schon bewirkt hat, daß die Kosten der Versicherung nördlicher Schiffe in Europa sehr erhöht worden sind.

Der schlagendste Beweis für die totale Unfähigkeit des Nordens, die Blockade der Südküste wirksam zu machen, liegt in dem unwürdigen Verfahren der Lincolnischen Regierung, welche keinen Anstand genommen hat, eine Anzahl alter mit Stein beladener Schiffe an den Eingängen der südlichen Häfen in das Meer zu versenken. Abgesehen von der Bosheit dieser verbrecherischen Schandthat gegen die Civilisation der jetzigen Zeit, welche der Sache des Nordens schon mehr Schaden gethan, als sie jemals dem Süden wird zufügen können, bleibt die erfolgte Versenkung nur ein Hinderniß an einer kleinen Stelle der Küste, und es würde der Versenkung von mehr als der gesammten Marine der Nordstaaten bedürfen, um die Blockade auch nur einigermaßen zu verwirklichen.

III. Hülfsquellen an Kriegsmaterial.

Wir haben schon oben an einer andern Stelle erwähnt, wie die für das Heer erforderlichen Mannschaften, da im Norden Sklaven nicht existiren, aus der Zahl der Arbeits-

fähigen zu entnehmen sind. Obgleich nämlich allgemeine Wehrpflicht im Norden existirt, dürfen die Wohlhabenden sich für Geld durch Ersatzmänner vertreteu lassen, und so geschieht es, daß der Arbeiterstand fast sämmtliche Soldaten zu liefern hat. Der Arbeiterstand zerfällt hauptsächlich in Ackerbauer und Fabrikarbeiter, jene durchweg starke Leute, diese aus schwächlichern Leuten bestehend.

Der Aushebnngsmodus ist folgender. Nachdem die Föderal-Regierung die Zahl bestimmt hat, welche jeder einzelue Staat zu stellen hat, erläßt der Governor des einzelnen Staates zuerst einen Aufruf zur Stellung von Freiwilligen; erst soweit solche sich nicht in der ausreichenden Zahl melden, tritt die unfreiwillige Anwerbung ein. Freiwillige finden sich verhältnißmäßig sehr Wenige unter den Landbauern des Nordens, da diese noch keinen Arbeitsmangel empfinden; dagegen treten die Arbeiter aus den zahlreichen bereits in Stillstand gerathenen Fabriken als Freiwillige ein. Die Armee erhält sonach Schwächlinge für ihre Reihen, und die Regierung überkommt die Verpflichtung deren brotlose Frauen und Kinder zu ernähren; denn obschon eine solche gesetzliche Pflicht noch nicht existirt, so haben vor Kurzem deutsche Arbeiter Beschlüsse der Art angenommen, und die Regierung wird sich schließlich auch dazu verstehen müssen, dem Hungertod der verlassenen Familien zu wehren. Auf diese Weise erwachsen der Regierung neue und enorme Ausgaben.

So lange als die Regierung einen Credit genießt, kann sie den Krieg führen, aber nicht länger; denn sobald wie sie sich außer Stande zeigt, ihre Soldaten zu besolden, deren große Mehrzahl zum Zweck des Erwerbes von Lebensmitteln in die Armee eingetreten ist, wird man sehen, daß es mit ihrem Patriotismus zu Ende ist. Mag die Liebe für die Union noch so stark im Norden sein, so lieben die Menschen

auch Weib und Kind, sie werden diese nicht zu Hause verhungern lassen, und das Interesse der Selbsterhaltung wird siegen. Dann wird die Regierung sich genöthigt sehen, Frieden zu schließen, um nur eine Revolution im Norden selbst zu vermeiden.

Schon ist der Handel in Allem, Kriegsbedürfnisse ausgenommen, im Norden untergegangen, und in der That sind die Finanzen der Föderal-Regierung bereits hoffnungslos. Der Congreß hat zwar eine directe Steuer beschlossen, bis jetzt aber ist kein einziger Dollar auf diesem Wege in den Staatsschatz geflossen.

Die Banken in den Hauptstädten haben allerdings durch Annahme der Föderal-Anleihe der Regierung Bedeutendes geleistet; aber sie hatten auch keine Wahl, denn ihre Existenz hing von der Regierung ab, welche sonst die Gewölbe der Banken ohne weitere Frage leer gemacht haben würde. Die Banken reichen aber nicht aus, um die nothwendigen Geldsummen zu verschaffen. Die Volksanleihe und die Zolleinkünfte vermöge des Morrill-Tarif-Gesetzes genügen nicht, die Kosten eines Krieges zu bestreiten, welche sich täglich auf zwei Millionen Thaler belaufen. Dies ergiebt sich aus dem jüngsten Berichte des Finanz-Ministers, Herrn Chase, an den Präsidenten. Diesem Berichte gemäß wird das Budget des Finanzjahres (vom 1. Juli 1861 bis 1. Juli 1862) auf 543,000,000 Dollars (754,152,777 preußische Thaler) veranschlagt, wovon nur 329,000,000 Doll. (456,944,444 Thlr.) zu erwarten sind; weshalb ein Deficit von 214,000,000 Doll. (297,208,333 Thaler) bleibt. Herr Chase hat sich genöthigt gesehen zu gestehen, daß die Zölle nicht die veranschlagten 57,000,000 Dollars (79,164,444 Thaler), sondern nur 32,000,000 Dollars (44,444,444 Thaler) für das fiscalische Jahr 1862 einzubringen im Stande seien.

Angesichts des großen Patriotismus des Nordens, seiner Banken und seines Reichthumes, sieht die Regierung sich gezwungen, sich zur Einführung einer directen Steuer zu entschließen, und demgemäß hat Herr Chase eine solche vorgeschlagen, welche 20,000,000 Dollars (27,777,777 Thaler), außerdem eine Einkommensteuer, welche 10,000,000 Dollars (13,888,888 Thaler) einbringen soll. Wir glauben aber, daß, wenn der Steuereinnehmer im Norden anfängt, seine Finger in die Tasche des Yankee zu stecken, dieser sehr bald nach Frieden schreien wird.

Der Finanz-Minister Chase hat den Plan gefaßt, um 150,000,000 Dollars von dem Deficit der 214,000,000 Doll. zu decken, an die Stelle der Umlaufsmittel der Banken der einzelnen Staaten ein Föderal-Umlaufsmittel einzuführen, welches durch Föderal-Staats-Papier gesichert werden soll. Abgesehen von dem Nachtheile, der den einzelnen Staaten durch den Umsturz ihrer Finanzsysteme zugefügt werden würde, scheint dieser Plan durchaus unausführbar, indem er für die existirenden Sicherungen der Umlaufsmittel in den einzelnen Staaten eine schlechtere zu substituiren beabsichtigt. Wie dies den Finanzzustand zu verbessern vermag, hat uns nicht klar werden können.

Das von der Föderal-Regierung seit dem Ausbruche des Krieges eingeführte Finanzsystem ist ebenso *sorglos* als verderblich. Es wird beabsichtigt, das zur Führung des Krieges nöthige Geld durch Anleihe aufzubringen, die Mittel zur Bezahlung der Zinsen der einzugehenden Schuld durch directe Steuer zu decken, und auf diese Weise auch einen Reserve-Fond für die zukünftige Tilgung der Schuld selbst zu schaffen. In Betreff der Tilgung der Schuld scheint es übrigens, als wenn noch kein fester Plan gefaßt worden ist.

Man sieht deutlich, daß die Föderal-Regierung selbst noch

nicht bestimmt weiß, in welcher Art dereinst das Kapital der aufzunehmenden Schuld wieder erstattet werden soll, ihr vielmehr lediglich darum zu thun ist, in ihrer bedrängten Lage in den Besitz der ihr fehlenden, dringend nöthigen Geldmittel zu gelangen.

Da nun die Banken nicht im Stande sind, die erforderlichen ungeheueren Summen vorzuschießen, so muß die Regierung allerdings bald zu einer fremden Anleihe schreiten, und sollte dies nicht zu ermöglichen sein, so wird die Welt erfahren, daß die Föderal-Regierung hoffnungslos bankerott ist. Die Kapitalisten Europa's sind auch bekanntlich nicht geneigt die Gefahr einer amerikanischen Anleihe zu übernehmen, welche notorisch auf gemeinschaftliche Rechnung der vierunddreißig Staaten zu machen sein würde, da sie mit Recht glauben, daß dieselbe im günstigsten Falle von nur zwanzig Staaten getragen werden müßte. Auch genießt aus schon angegebenen Gründen die Föderal-Regierung kein Vertrauen wegen der Unzuverlässigkeit in ihrer Finanz-Verwaltung. In der That ist die Regierung zu Washington schon jetzt bankerott, und sie sucht nur es zu verschleiern. Dies aber kann sie nicht lange thun, und bald wird es allbekannt werden. Wer in Europa wird ferner der Union Geld bieten, nachdem man erfahren hat, daß bei einem möglichen Kriege mit Europäischen Staaten das ihnen angehörige in Amerikanischen Fonds angelegte Privatvermögen confiscirt werden könnte?

In dem Süden finden wir die Völker, wie einen Mann vereinigt, alle persönlichen Interessen für das allgemeine Wohl aufopfernd, überzeugt, daß sie für ihren Heerd und für ihre Freiheit kämpfen. Der Südländer ist von dem Entschluß beseelt, alles aufzuopfern, um seinen mit diesem Kriege beabsichtigten Zweck zu erreichen.

In Ansehung des Aushungerns des Südens durch den

Norden, genügt es zu bemerken, daß der Süden notorisch eine landbauende Region ist und nicht nur seinen eigenen Bedarf reichlich erzeugt, sondern in beträchtlichem Maße seine Producte exportirt, wie Mehl, Reis, Getreide, Bohnen, Zucker, Melassen, Schweine und Rindvieh. Jeder, der den verschiedenartigen Boden des Südens kennt, weiß, daß der Süden nicht in Gefahr kommen kann zu verhungern, um so weniger als jetzt die Ausfuhr so vieler Artikel nicht mehr stattfindet und die Erzeugung derselben in keinerlei Weise verringert worden ist, weil die unfreie Arbeit des Südens durch den Krieg nicht gestört wird.

Der Süden besitzt überdies einen Ueberfluß an Mineralien, wie Eisen und Blei, und eine große Zahl vorzüglicher Waffenfabriken. Die Eisenfabrik in Richmond lieferte bekanntlich früher der Föderal-Regierung eine große Zahl von Geschützen. Diese mit verschiedenen anderen Fabrikstätten in Virginien, Georgien, Tennessee, Kentucky, Charleston und Neu-Orleans sind im Stande mehr Waffen zu fabriciren, als der Süden gebrauchen kann.

Außerdem war der Süden beim Ausbruche des Krieges mit Waffen besser versehen, als man es glaubte; der Norden behauptete ja damals schon, wie man sich erinnern wird, daß der Süden vollständig bewaffnet sei, während er selbst ohne Waffen sich befand. Seit jener Zeit sind Waffen in großer Zahl von Europa nach dem Süden geschafft worden. Eingerechnet diejenigen, welche dem Feinde in verschiedenen Schlachten genommen worden sind, leidet der Süden in keiner Art irgend welchen Waffenmangel.

Wir haben vorher der Bewaffnung des Nordens nicht erwähnt, weil es sich von selbst versteht, daß derselbe Waffen von Europa beziehen kann, so lange die Mächte Europa's nicht in Conflict mit ihm gerathen.

Obgleich der Vorrath an Kriegsmunition auf der Seite des Südens beim Beginn des Krieges für einen langen Krieg nicht hinreichend war, so ist die schon verbrauchte Quantität durch die den nordischen Truppen abgenommene Munition mehr als ersetzt worden, während zugleich große Quantitäten von Europa bezogen sind. Was den Schießbedarf ferner anbetrifft, so ist Schwefel das Einzige, was der Süden nicht selbst producirt, und diesen sowohl wie andere Kriegsmunition bekommt er entweder über Cuba direct durch die s. g. Blockade, oder über Mexico. Von diesem letzteren Lande selbst hat der Süden Kriegsvorrath verschiedener Art bezogen, und trotz der s. g. Blockade existirt jetzt eine ununterbrochene Verbindung zwischen dem Süden und Europa durch Mexico, auch kann der Norden den Süden dieser Verbindung mit Europa nicht berauben, selbst wenn er im Stande wäre, die Blockade der Südküste wirksam zu machen.

Der Norden behauptet noch immer, daß die Südarmee mit Lebensmitteln und Bekleidung schlecht versehen sei. Nichts ist falscher als dies. Aus schon angeführten Gründen verlangen die Südsoldaten nur unterhalten und bewaffnet zu werden, und ein großer Theil derselben verweigert alle und jede Besoldung anzunehmen, während Tausende von reichen Soldaten und Officieren sich vereinigt haben, um die sämmtlichen Ausgaben der Organisation und Unterhaltung von ganzen Regimentern zu tragen. Aus jedem Hause werden Artikel für die Bequemlichkeit der Soldaten geschickt, und es ist daher kein Grund ersichtlich, weswegen die Südarmee an irgend Etwas Mangel leiden sollte.

Ueberzeugt, daß dieser Krieg für ihr wahres Interesse geführt wird, wetteifern die Südländer mit einander, in ihrem Beitrage zur Unterhaltung ihrer Vertheidiger und zur Unterstützung der Regierung in der Führung des Krieges, damit

dieselbe so wenig Last wie möglich zu tragen habe. Denn es ist einerlei, ob die Regierung die Lebensmittel direct, oder das Geld zu ihrer Anschaffung bekommt; insoweit ist Geld nur ein Mittel, und kann im ersten Falle entbehrt werden.

Zum Verständniß des Gefühls der Südländer blicke man auf den Betrag der freiwilligen Beiträge von Lebensmitteln für die in Virginien stehende Armee allein, welche vom 5. October bis zum 13. November 1861 bis auf eine Million Dollars (ungefähr 1,139,000 Thaler) stiegen, wobei keine freiwillige Gabe in Betracht gezogen worden, die einen geringeren Werth als 100 Dollars (139 Thaler) hat.

Luxusartikel sind das Einzige, woran ein Mangel vorhanden ist, und diese sind die Südländer zu entbehren entschlossen. Kaffee und Thee sind etwas knapp, aber von beiden werden genügende Quantitäten für den unerläßlichen Bedarf bezogen.

Wir haben erwähnt, daß die unfreie Arbeit fast ungestört geblieben ist. Hierbei ist auch erwähnungswerth, daß der Norden schon vor dem Ausbruche des Krieges, wie seitdem beständig, den Süden mit Erregung eines Sklavenaufstandes bedroht hat, indem behauptet wurde, daß beim Beginn der Feindseligkeiten, spätestens aber bei der Ankunft der nordischen Armee, die Sklaven sich empören und die Brandfackel in die Häuser ihrer Herren werfen würden. Die Südländer haben dies niemals gefürchtet, und die Erfahrung hat bewiesen, wie sie Recht hatten, und der Norden im Irrthum war. Dies bestätigend führen wir einen Auszug aus dem Journal of Commerce von Ende Novembers 1861 an. Dieses bekannte Organ Lincoln's in Neu-York berichtete Folgendes[20]): „Der (nordische) General Halleck hat Befehle

[20]) Folgendes ist der Wortlaut des Artikels des Journal of Commerce: „General Halleck has issued orders, that in consequence of important information respecting the numbers and condition

erlassen, daß deswegen, weil wichtige Berichte über die Zahl und Zustände unserer Truppen dem Feinde durch flüchtige Sklaven zugegangen seien, für die Zukunft keiner solchen Person gestattet werden solle, innerhalb der Linien irgend welches Lagers oder der Truppen auf dem Marsch zu kommen, und daß solche, die sich schon innerhalb der Linien befinden, gleich aus denselben entfernt werden sollen."

„Bei Fort Monroe wurde ebenfalls sehr bald nach dem Ausbruche der Feindseligkeiten die Entdeckung gemacht, daß die Schwarzen heimlich den Feind benachrichtigten. Ist dies die Art und Weise, auf welche die schwarze Bevölkerung des Südens die Sache der Union unterstützt, so ist es desto besser, je weniger wir von ihnen haben" u. s. w. „In den vielen Erörterungen, welche die Sklavenfrage herbeigeführt, hat sich nicht der kleinste Beweis dafür herausgestellt, daß die Sklaven des Südens Freiheit und Waffen annehmen, oder daß sie sich für die Union gegen ihre Herren schlagen würden."

Abgesehen von der bekannten Anhänglichkeit der Schwarzen an ihre Herren, würde ein Sklavenaufstand, wegen der Unmöglichkeit der Communication zu diesem Zwecke auf den

---

of our forces being conveyed to the enemy by fugitive slaves, no such person shall hereafter be permitted to enter the lines of any camp, or any forces on the march, and any now within such lines to be immediately excluded therefrom." „At Fortress Monroe too, it was discovered very soon after the breaking out of hostilities that the negroes were secretly giving information to the enemy. If this is the way the black population of the South serve the cause of the Union, the less we have of them the better.... In the many discussions which the slave-question has brought about, there has not as yet been elicited a particle of evidence that the Slaves of the South would accept freedom and arms, or would fight for the Union against their masters."

verschiedenen Pflanzungen, nicht zu Stande kommen können; und wäre eine allgemeine Verschwörung möglich, so ist deren Ausführung nicht zu erwarten, da die Sklaven keine Waffen haben, und wenn sie solche hätten, nicht davon Gebrauch zu machen verstehen. Auch hat der Norden sich bis jetzt zu schwach erwiesen, in das Innere vorzudringen, um den Sklaven Waffen in die Hand zu geben.

Die conföderirte Regierung dagegen hat zur Bestreitung der Kriegskosten eine durch Deponirung von Rohstoffen gesicherte Anleihe aufgenommen; diese wurde aber sofort al pari honorirt.

Der Hauptunterschied aber zwischen dem Finanz-System des Nordens und dem des Südens ist der, daß dieser Letztere entschlossen ist, die zur Kriegsführung nothwendigen Mittel, soweit sie noch fehlen sollten, durch directe Steuer aufzubringen; die Südländer unterwerfen sich gern derselben, sie möge so beträchtlich sein, als sie wolle.

Mit einem Worte, der Süden ist nicht in so schlimmer Lage, als man meint; wäre seine Lage aber auch noch so schlimm, so sind die Südländer entschlossen, eher jeden Mangel zu ertragen, als sich dem Norden zu ergeben; sie haben den gegenwärtigen Kampf zu einem Volks-Krieg gemacht, und werden siegen oder untergehen.

IV. Armee-Organisation.

Eine der Hauptursachen der fast ununterbrochenen Erfolge des Südens sowie der häufigen Niederlagen des Nordens liegt in dem Unterschiede der beiderseitigen Armee-Einrichtung.

Im Norden wurde die Unterdrückung des s. g. Aufstandes im Süden als eine sehr leichte Arbeit angesehen zu der Zeit, als Präsident Lincoln sich darauf beschränkte, eine

Armee von 75,000 Mann unter die Fahnen zu rufen. Demgemäß stellten sich Freiwillige in großer Zahl zu Washington, und wurden auf einen dreimonatlichen Dienst im District von Columbien, und zwar zur Vertheidigung der Föderal-Hauptstadt, Washington, angeworben. Jedermann weiß, wie diese Freiwilligen sich benahmen, als sie einige Tage vor Ablauf ihrer Dienstzeit gegen Manassas geführt wurden. Mehrere Regimenter liefen den Tag vor der Schlacht, andere am Schlachttage selbst fort und nach Hause. Mit dieser Erfahrung über das Ungeeignete einer Anwerbung auf nur so kurze Zeit berechnet, wurde beschlossen, Freiwillige auf die ganze Dauer des Krieges einzuberufen. Dabei wurden anderweitige Mängel der Armee-Organisation nicht beseitigt, nnd schließlich hat man gegenwärtig sogar zu einer Zwangs-Conscription schreiten müssen.

Wir wiederholen nur die Behauptungen der Presse nnd der Officiere der alten Unionsarmee im Norden, wenn wir die Einrichtung der nordischen Armee für unter aller Würde erklären. Es existirt, beispielweise ein unversöhnlicher Haß zwischen den Officieren sowohl als den Soldaten des stehenden Heeres und den Freiwilligen, welche Letzteren dreißigmal so zahlreich als jene Ersteren sind, als auch zwischen den im Heere befindlichen Eingeborenen und Natnralisirten. Der Norden behauptet, daß die in seiner Armee aufgenommenen Leute unübertrefflich seien in ihrer soldatischen Begabung, während überall ein entschiedener Mangel an Subordination, kriegerischem Stolz und militärischem Geist hervortritt. Die vorherrschende Trunksucht, die überaus große Neigung zur Ausschweifnng und der geringe Grad von point d'honneur, welche einem Soldaten unentbehrlich sind, dies alles sind Eigenschaften, welche die Mehrzahl der nordischen Soldaten als unbrauchbar characterisiren. Der notorische Mangel an

Officieren für die Ausbildung der Leute, der Umstand, daß die Freiwilligen hauptsächlich von Civilisten und Politikern geführt werden, welche in die Armee eingetreten sind, um politischen Einfluß zu gewinnen, die Unfertigkeit der Leute in dem Waffengebrauch, der Mangel an Standhaftigkeit und Hingebung, welche die Herzen solcher bewegen, die sich für ihren Heerd schlagen, der Einfluß der mob-rule (Pöbelherrschaft) in der Armee und das System, wonach die Officiere fast aller Grade von ihren eigenen Leuten gewählt werden, der Umstand, daß die Armee hauptsächlich aus ganz vermögens- und beschäftigungslosen Menschen besteht, welche sehr hoch besoldet werden müssen, um sich zu schlagen, und die erwiesene Unfähigkeit der Generale und Feldofficiere, erklären genügend, weshalb eine also qualificirte Armee für völlig untüchtig angesehen werden muß. Eine Armee, die Raub, Diebstahl, Gewaltthätigkeit und Mord in ihrem Gefolge hat, und die aller Orten, wo sie sich gezeigt, die schändlichsten Spuren des rohen Barbarismus hinter sich zurückgelassen hat; das ist die Armee des Nordens! In der That ist der Begriff der für einen Soldaten unerläßlichen Erfordernisse dem Norden ganz fremd.

Beim Ausbruche des Krieges fehlte es sogar dem Norden fast gänzlich an einem geordneten Train und Verpflegungswesen. Es hatte daher die Föderal-Regierung mit ungeheueren Schwierigkeiten zu kämpfen, um ihre Armee mit Kleidung und Lebensmitteln zu versehen, da sie das Opfer treuloser Speculanten wurde, und sich ohnmächtig erwies, sich von der mob-rule loszumachen, so daß es z. B. nicht durchzusetzen war, bessere und billigere Kleidungsstücke aus Europa zu verschreiben, weil nordische Lieferanten in lauten Drohungen gegen die Regierung auftraten, für den Fall, daß jene Artikel nicht von ihnen entnommen würden.

Die Südarmee dagegen bestand von Anfang an nur aus Truppen, die für die Dauer des Krieges geworben waren. Von der Ausübung eines Zwanges zum Kriegsdienst ist im Süden niemals die Rede gewesen. Jedermann verlangte beim Ausbruche der Feindseligkeiten nur Waffen.

Der Süden besitzt eine genügende Anzahl fähiger Feld- und Regiments-Officiere. Die südlichen Officiere, welche früher in dem stehenden Heere der Vereinigten Staaten Dienste thaten, sind ihren resp. Staaten treu geblieben, indem sie den früheren Dienst in der Unionsarmee verlassen haben und in den des vaterländischen Staates eintraten. Der Norden wagt auch nicht zu läugnen, daß bei der alten Unionsarmee die besten Officiere Südländer waren.

Bei der großen Zahl der in den Kriegsschulen Virginien's und Kentucky's Erzogenen ist ein Mangel an Officieren für die Ausbildung der Leute, welche von Kindheit an mit dem Gebrauch der Waffen bekannt sind, nicht zu erwarten. Während, wie wir oben sahen, im Norden Civilisten und Politiker die Soldaten anführen, sind die Officiere des Südens Militärs.

Die Tüchtigkeit der Generale hat sich auch durch die Ereignisse des Krieges bestätigt. Die Namen Davis, Bragg, Beauregard, Hardee, Heuger, Johnson, Johnston, Lee, Magruder, Price und Twiggs haben einen europäischen Ruhm erworben und sprechen für die Richtigkeit unserer Behauptungen.

Eine bekannte Behauptung des Nordens war die, daß die Südländer sich einer strengen Kriegszucht zu fügen unfähig sein würden. Die Erfahrung hat das Gegentheil bewiesen. Der Süden bietet in seiner größtentheils aus den ersten und reichsten Bürgern bestehenden Armee ein Bild, welches fast ohne Gleichen in der Geschichte dasteht. Die Südländer sind von Kindheit an mit dem Gebrauch der

Waffen bekannt, und da sie den Befehl zu führen gewohnt sind, unterwerfen sie sich um so viel leichter einer strengen Disciplin. Sie sind mit kriegerischem Geiste beseelt und haben sich als ausgezeichnete Soldaten erwiesen. Kein Fall des Aufruhrs ist in der südlichen Armee vorgekommen; aber notorisch ist es, daß ganze Regimenter im nordischen Heere wegen Empörung zu wiederholten Malen entwaffnet und entlassen worden sind. Nur zu häufig bringen die Washingtoner Zeitungen Berichte über die Nordarmee, wonach beim Exerciren Soldaten, aus den Gliedern hervortretend, ihre Vorgesetzten niedergeschossen haben. Fälle dieser Art sind im Süden völlig unerhört.

Wie schon früher erwähnt, war der Süden besser vorbereitet den Krieg zu führen, als man gewöhnlich denkt. Zwar besitzt er jetzt keinen so guten Train, wie der Norden nach seiner Lage und seinen Communicationsmitteln haben könnte; er kann sich jedoch eher ohne einen solchen behelfen, weil der Krieg leider in seinem eigenen Lande geführt wird, und Eisenbahnnetze ihm zu Gebote stehen, welche ihn in den Stand setzen, auch mittelst dieser Kriegs-Transporte auszuführen.

In Verbindung mit dem Enthusiasmus der Südarmee existirt bei den Soldaten ein Vertrauen in die Fähigkeit ihrer Officiere und in ihre eigene Ueberlegenheit über den Feind, welche den nordischen Soldaten unbekannt ist.

Die Kriegsführung des Südens hat sich in einem hohen Grade vorzüglicher als die des Nordens erwiesen; sie hat es verstanden, dem Anmarsche feindlicher Truppen stets rechtzeitig eine ausreichende Truppenzahl entgegenzuführen, sodaß jene bis jetzt noch Nichts ausgerichtet haben.

Die Tüchtigkeit beider Armeen wird nach ihren Leistungen beurtheilt werden, und danach hat die Südarmee keinen Grund die Armee des Nordens zu beneiden.

V. Dauer des Krieges.

In Gemäßheit der vorangeschickten Betrachtnngen darf man unserer Ansicht nach annehmen, daß der Süden, obgleich er viele Nachtheile aus Anlaß eines so großen Krieges erleiden muß, die Fähigkeit und die Mittel besitzt, den Vertheidigungskrieg für eine lange unbestimmte Zeit zu führen.

Der Norden bedarf dagegen eines kurzen und entscheidenden Krieges, denn seine Finanzen, die schon wanken, müssen bald auseinander fallen.

Schon jetzt treten die Zeichen zukünftiger Störungen zwischen der demokratischen und der republikanischeu Partei hervor, zwischen der eingeboreuen und eingewanderten Bevölkernng.

Es herrscht keine Einigkeit des Rathes und der Absicht in dem Cabiuet des Präsidenten Lincoln, welches gespalten ist, und dessen Mitglieder in offenem Zwiespalt stehen mit Bezug auf die Mittel und den Zweck der Kriegsführung.

Der Socialismus hat sein Haupt schon in Neu-England und bei der vom Auslande eingewanderten Bevölkerung erhoben.

Der niederdrückende moralische Einfluß ununterbrochener Niederlagen und beständig anwachsender Verarmung bietet den Anlaß, daß die Zwietracht ihr zerstörendes Haupt erhebt, und die Parteien an einauder hetzt, von denen eine der anderen die Ursachen der großen Unglücksfälle zuschreibt. Dieser innerlich wüthende Hader verkündet bereits deutlich genug das Heranuahen und den baldigen Ausbruch einer Revolution im Norden.

Das Klima der Südstaaten läßt längere kriegerische Ope-

rationen im Laufe eines Jahres nicht zu, weil während des hohen Sommers wegen übergroßer Hitze die Kriegsführung unmöglich ist, in dem nördlicheren Theile aber auch den Winter hindurch bei abwechselnder Kälte und Nässe die Landstraßen unbrauchbar werden; anderntheils ist die Ausdehnung des verhältnißmäßig gering bevölkerten südlichen Gebietes eine so große, daß schon dadurch der Norden gezwungen ist, den Krieg kurz und in schnellen Schlägen zu führen, um nicht unterzugehen.

Daher erklärt es sich, daß die nördliche Regierung, da eine eigentlich begeisternde Idee für den Krieg, wie sie bei dem Süden vorhanden ist, dem Norden fehlt, allerhand lügenhafte Vorwände verbreitet, um das allgemeine Interesse für den Krieg anzuregen, und nicht erkalten zu lassen. Daher der Vorschlag des Kriegsministers, die Sklaven zu bewaffnen, damit sie sich gegen ihre Herren schlagen, daher auch die dem nordischen Volk von Demagogen gemachte Vorstellung, daß ohne die Aufhebung der Sklaverei Nichts durch diesen Krieg erreicht werden könne. Ein recht aufrichtiges Geständniß, welches aber keine andere Bedeutung hat, als die Absicht, den Norden aufzuregen. Sollte die Aufhebung der Sklaverei seitens des Nordens wirklich beschlossen werden, so würde dies, abgesehen von der Unmöglichkeit der Ausführung, nur als ein Ausdruck der Rache angesehen werden können. Daher endlich die Täuschung der Bevölkerung des Nordens, welcher man vorgespiegelt hat, daß in jedem Südstaate, Süd-Carolina vielleicht ausgenommen, die Mehrzahl der Einwohner noch immer der Union zugethan seien, nur durch eine bewaffnete Minorität unterdrückt, und die Ankunft einer Unionsarmee willkommen heißen würde. Ohne solche Aufregungsmittel oder einen schleunigen Sieg wird das nordische Volk Herrn Lincoln bald zwingen, Frieden zu schließen.

Der Süden ist sich dieser Thatsachen wohl bewußt, und hat bei einer langsamen Kriegsführung Nichts zu befürchten, da er weiß, daß dadurch sein Feind zu Grunde gerichtet wird.

Fünftes Kapitel.

Schluß.

Niemand wird jetzt noch die Behauptung wagen, daß die Ursachen der Abneigung des Nordens und des Südens durch diesen Krieg beseitigt werden können. Im Gegentheil, der Krieg hat alle Leidenschaften der Südländer hervorgerufen, und nicht nur das schon gering gewesene Vertrauen derselben in den Norden gänzlich vernichtet, sondern er hat an die Stelle dieser Abneigung der Südländer gegen die Yankees einen tödtlichen und unversöhnlichen Haß treten lassen.

Sollte der Süden aber mit Gewalt der Waffen der Union wieder einverleibt werden, so ist nicht zu erwarten, daß das Volk, welches gegen ihn einen so ruchlosen Krieg geführt hat, ihm die Ausübung seiner früheren verfassungsmäßigen Rechte gestatten würde, oder daß denjenigen, welche jetzt als Hochverräther charakterisirt werden, erlaubt werden dürfte, im Congreß zu sitzen, und sich an den Geschäften des Landes zu betheiligen in Gemeinschaft mit denen, welche unverändert bei der Union verblieben sind. Dies voraussehend und weil der Süden nach seinen Siegen seine eigene Stärke kennen gelernt hat, ist er entschlossen, nöthigenfalls Widerstand zu leisten, „bis jedes Thal von dem Rio Grande bis

zum Potomac von Blut überfließt, bis jede Bergspitze mit den Gebeinen südlicher Kämpfer bedeckt ist."

Zur Stunde wird die Regierung der Conföderirten-Staaten Amerika's mit Ordnung und Würde verwaltet. In den einzelnen Staaten werden die verschiedenen Functionen der Regierung ebenso ruhig geübt, wie vor dem Ausbruche des Krieges. Man hat es nicht nöthig befunden, den Habeas-Corpus-Act zu suspendiren, Zeitungen zu unterdrücken oder Personen ohne Anklage zu verhaften und ins Gefängniß zu werfen, um dadurch die Ordnung zu erhalten.

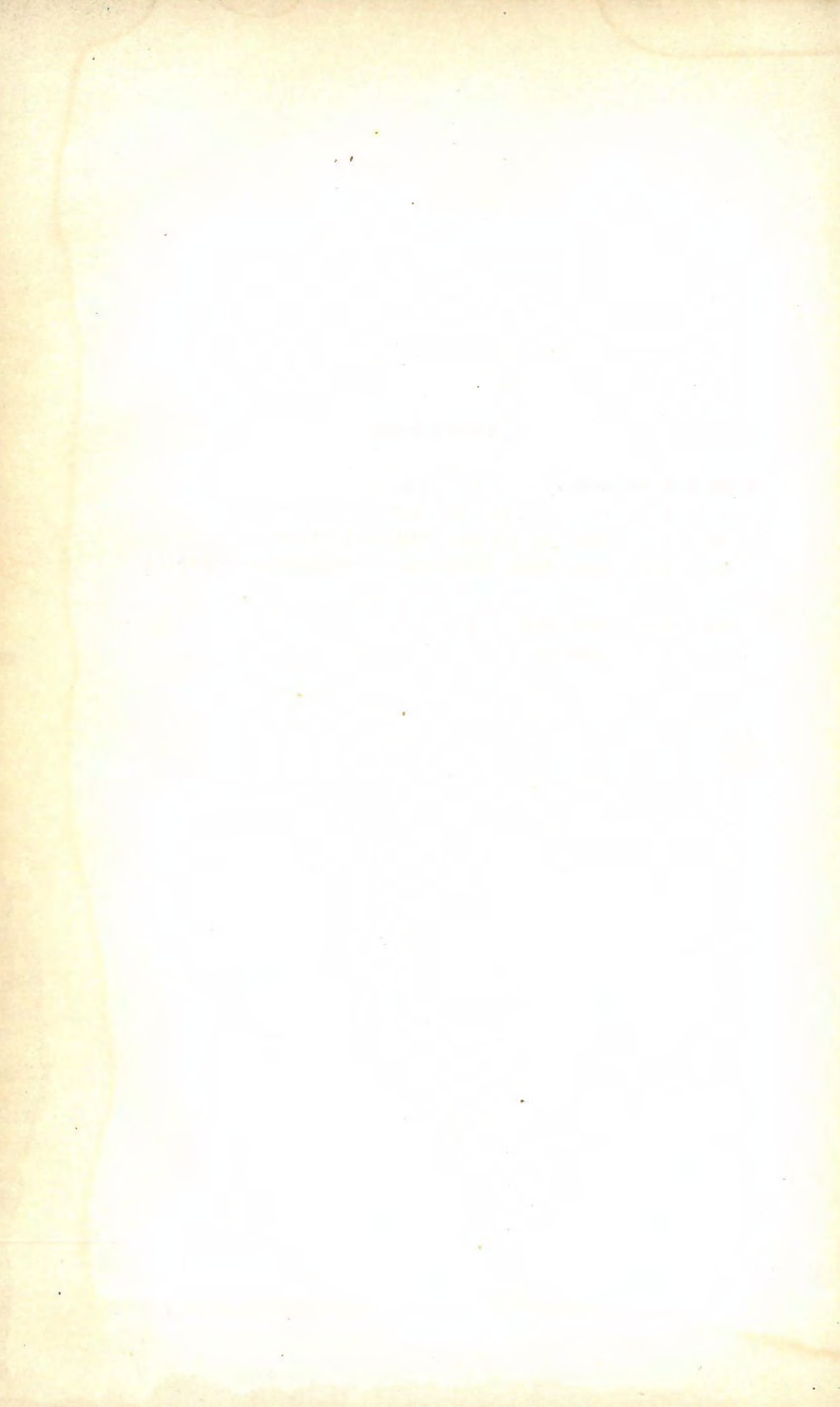
Die Conföderirten-Staaten liefern das Bild einer gut organisirten Regierung, welche nicht nur de jure, wie im ersten Kapitel bewiesen worden, bestehen darf, sondern auch de facto besteht. Diese Regierung verlangt keine Intervention europäischer Mächte, damit ihr Bestehen gesichert sei. Sie ist für sich stark genug, um sich zu behaupten.

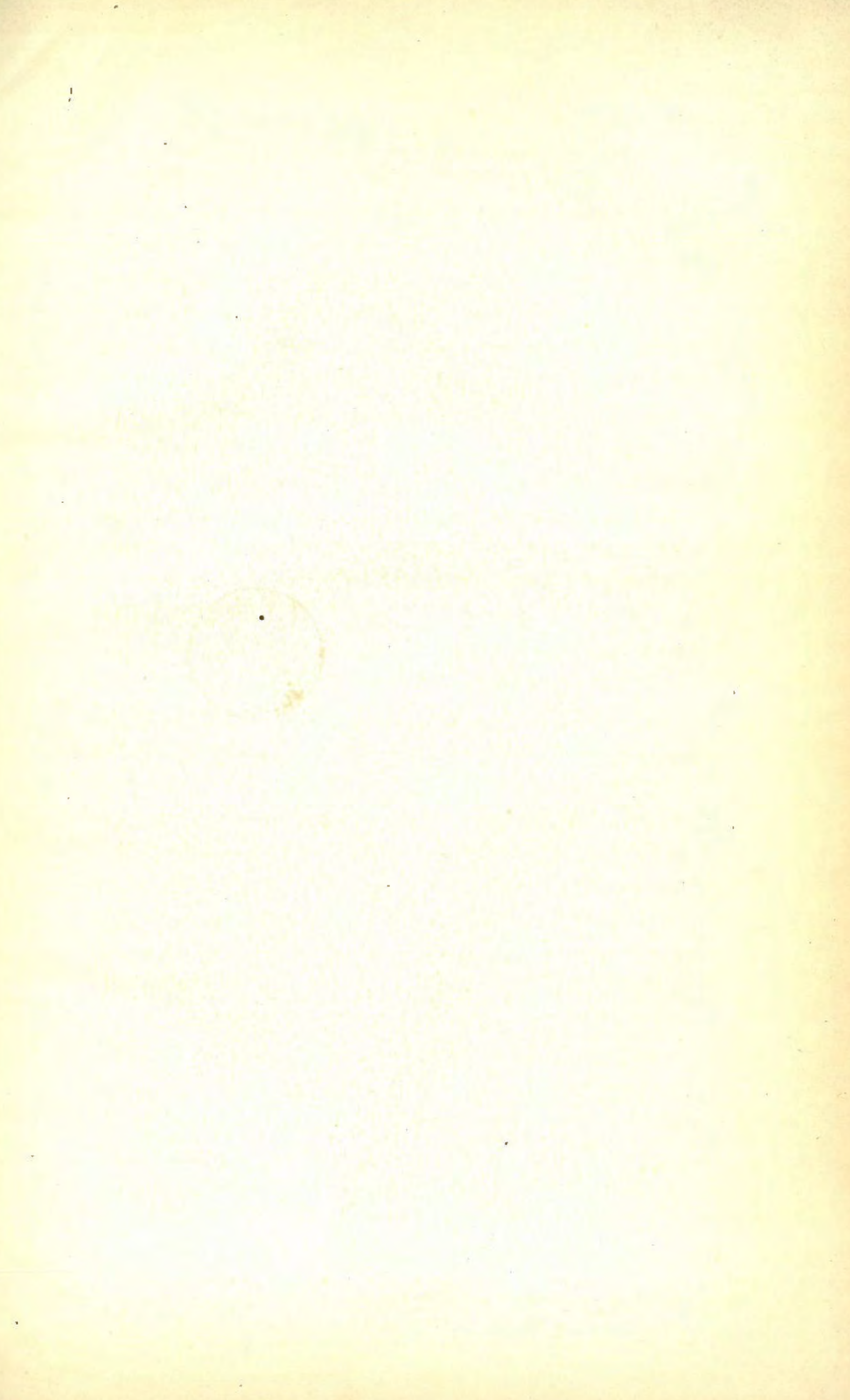
Aber die Conföderirten-Staaten wünschen den Eintritt in die Gesellschaft der Völker und ihre Anerkennung als selbstständige Staaten durch die Mächte Europa's. Und darauf geben ihnen ihre bisherigen Leistungen einen Anspruch.

Berlin, Druck von Gustav Schade.
Marienstraße Nr. 10.

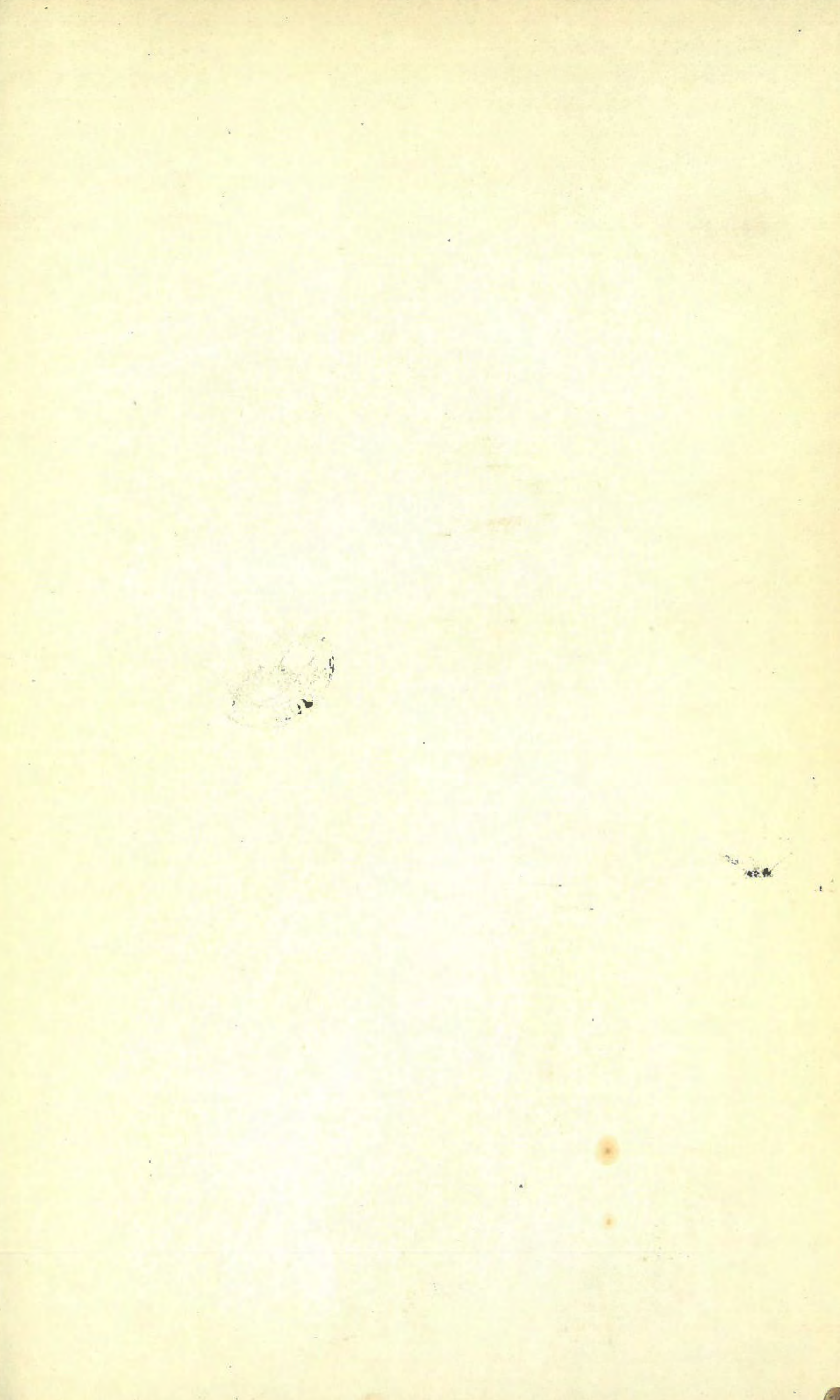
Zu verbessern:

S. 24 Z. 8 von oben: denen statt den.
= 24 = 6 = unten: werden statt während.
= 26 = 3 = oben: in letzterer statt im letztern.
= 30 = 9 = unten: hinter Territorium ist hinzuzufügen: nördlich 36°, 30′ Breite.
= 30 = 5 = nnten: hatten statt haben.
= 30 = 2 = unten: war statt ist.










MIDDLE TEMPLE LIBRARY



